

## Besprechungen

*Otto Büsch*: Industrialisierung und Geschichtswissenschaft. Ein Beitrag zur Thematik und Methodologie der historischen Industrialisierungsforschung. Berlin 1969. Colloquium. 65 S.

Das Bändchen enthält die bearbeitete Fassung der Berliner Antrittsvorlesung des Verfassers. Es setzt sich die doppelte Aufgabe, „im Kanon der an der Beschreibung und Deutung des Industrialisierungsgeschehens teilhabenden Wissenschaften de(n) Beitrag der Geschichtswissenschaft zur Industrialisierungsforschung systematisch und inhaltlich zu bestimmen“ und zu prüfen, „welche Aufgaben in thematischer und methodischer Hinsicht noch auf den Historiker warten“, um derart eine „Übersicht zum Stand der theoretisch-methodologischen Grundlagen und der empirischen Forschung auf diesem Gebiet zu geben“ (S. 11). Dies geschieht auf der Basis umfangreicher Literatur zu diesem Gebiet, einschließlich der Ergebnisse, die in dem vom Verfasser selbst geleiteten Industrialisierungsforschungsschwerpunkt der Historischen Kommission zu Berlin erarbeitet wurden.

Aufgabe und Leistung der Geschichtswissenschaft gegenüber den vorwiegend normativ und deduktiv, typisierend und schematisierend verfahrenen Disziplinen wie Ökonomie, Soziologie und anderen ist danach die räumliche — nationale, regionale, lokale — Differenzierung und die „Darstellung der Einmaligkeit und Verschiedenartigkeit der Vorgänge (als) Ansatzpunkt für die idealtypischen Erkenntnisse der Nachbardisziplinen“. Nach Auffassung des Verfassers ist für den Historiker „Industrialisierung“ weder ein sachlich noch zeitlich eng begrenzter Vorgang, sondern ein Problem der Universalgeschichte der modernen Zeit; sie ist somit weder als ein langfristiger, aber nur auf wirtschaftlich-technische Revolutionierung der Produktionsweise eingegrenzter Prozeß noch als ein auf wenige Jahrzehnte begrenzter, aber umfassender Ausschnitt aus dem ökonomischen und sozialen Wachstumsprozeß zu begreifen. Wichtigste Aufgaben der historischen Industrialisierungsforschung sind nach Büsch das Problem der Periodisierung, einschließlich der Bildung von „Phasen“, die Untersuchung des Zusammenhangs von technisch-ökonomischen Veränderungen und allgemeineschichtlicher Entwicklung zur modernen Zeit und schließlich die historisch-empirische Überprüfung der von den systematischen Wissenschaften gewonnenen Theorien, Thesen und Modelle. Als Themen der Industrialisierungsgeschichte werden hervorgehoben die Rolle des Staates im Industrialisierungsprozeß, Fragen der sozialen Schichtung und Mobilität, die Rolle der „leading sectors“, die Entwicklung des Handwerks; als künftige Aufgaben werden aufgeführt:

Fragen nach dem Komplex von Ursachen und Folgen des Industrialisierungsgeschehens, insbesondere nach dem Zusammenhang mit anderen Problembereichen wie der Bedeutung von Kirchen und religiösen Bewegungen, der Rolle minoritärer Fremdgruppen, dem Verhältnis von Unternehmerschaft, Verwaltung und Politik, der Bedeutung von Bildung und Erziehung.

Der Begriff „(historische) Industrialisierungsforschung“ wird nicht völlig eindeutig und widerspruchsfrei verwandt. An verschiedenen Stellen finden sich — nicht voll entfaltet — Ansätze unterschiedlicher Konzeptionen, die keine eindeutige Antwort auf die Frage zulassen, ob es sich hier um das abgegrenzte Arbeitsfeld einer eigenen Wissenschaft, der Industrialisierungsgeschichte, handelt (S. 48), ob um ein geschichtswissenschaftliches Arbeitsverfahren, das Ergebnisse und Methoden anderer Disziplinen zu integrieren sucht (S. 32), um einen Erkenntnisprozeß verschiedener Disziplinen auf der Basis historischer Forschung (S. 30) oder um die Bemühungen unterschiedlicher, gleichberechtigter Disziplinen, darunter auch der Geschichtswissenschaft (S. 11). Erst eine Beantwortung dieses Problems hätte es ermöglicht, die Frage nach dem „spezifischen“ Beitrag der Geschichtswissenschaft zur Industrialisierungsforschung schärfer zu fassen. Diese konzeptionelle Unschärfe liegt zum Teil daran, daß das Problem weniger wissenschaftssystematisch und -organisatorisch als vielmehr personalisiert (der Historiker, der Soziologe) gesehen wird; darüber hinaus ist sie sicher auch darin begründet, daß nicht nur die historische Industrialisierungsforschung, sondern auch die Wirtschafts- und Sozialgeschichte überhaupt bisher ihren festen Standort noch nicht gefunden hat und daß auch die traditionelle Geschichtswissenschaft ihre Aufgaben, Methoden und ihren Standort neu zu überdenken beginnt.

Insgesamt gesehen bietet das Bändchen einen informativen Überblick über die Probleme und Themen der Industrialisierungsgeschichte. Der umfangreiche Anmerkungsapparat enthält zudem die wichtigste — also vor allem angelsächsische — Literatur zu diesem Gebiet wie auch Materialien zur gegenwärtigen historischen Methodendiskussion, erschlossen durch ein Autorenregister. All dies macht den Band geeignet als Einführung in ein ebenso breites wie komplexes Arbeitsgebiet.

Horst Matzerath, Berlin

*Johannes Wälder*: Über das Wesen der Versicherung. Ein methodologischer Beitrag zur Diskussion um den Versicherungsbegriff. Berlin 1971. Duncker & Humblot. 143 S.

„Der Methodologie ist nicht zu entinnen.“ Diese Feststellung Wälders (S. 89) trifft den Kern der Probleme. Um so erstaunlicher muß es anmuten, daß methodologische Erörterungen sich so geringer Beliebtheit erfreuen und man die Probleme gerne den Philosophen zuschiebt. Man kann diese Haltung aber verstehen, wenn man berück-

sichtigt, daß von der Methodologie „tiefe Erkenntnisse“ nicht erwartet werden können und darüber hinaus eine Reihe von Methoden zur Auswahl steht und damit „die legitime Erkenntnisweise nicht als unangreifbares Ergebnis vorliegt, sondern selbst problematisch ist“ (S. 91).

Wälder greift aus dem großen Reservoir methodologischer Probleme die Frage nach dem Versicherungsbegriff heraus. Er zeigt an Hand der Diskussion im Deutschen Verein für Versicherungswissenschaft und ausgewählter Autoren (unter ihnen *Manes, Mahr, Hax*) das „Dilemma des Begriffsstreites“ in der Versicherungswissenschaft auf. (Daß dieses „Dilemma“ nicht auf die Versicherungswissenschaft beschränkt ist, versteht sich von selbst.) Bei seiner Untersuchung zeigt Wälder eine breite Spanne der Ansichten über seinen Gegenstand auf. Diese Ansichten sind jedoch nicht sein eigentliches Anliegen. Es geht dem Verfasser vielmehr um einen Ausweg aus dem „Dilemma“. Und hier kommt ihm die Wissenschaftstheorie zu Hilfe. Auf die Frage, „wie man über den bisherigen Stand der versicherungswissenschaftlichen Begriffsforschung hinausgelangen kann“ (S. 86), gibt Wälder zur Antwort: „Keinen Fortschritt in dieser Hinsicht verspricht die bisherige Übung, ohne weiteres über die Merkmale selbst zu befinden, sei es nun, daß man vorliegende Definitionen kritisiert oder neue aufstellt. Soweit es um den Begriffsstreit geht, ist die Wahl der Merkmale eine Frage dritten Ranges. Zwei andere Fragen gehen hier sachlich voraus, nämlich 1. die nach dem Ziel und 2. die nach dem Richtigkeitsgrund“ (S. 86) einer Definition.

Impliziert die erste Frage die Angabe des Forschungszieles einer Wissenschaft (und damit der Möglichkeit einer Mehrheit von Zielen), so leitet die zweite Frage zur Methodologie über. Die gewählte Methode muß dem Ziel gemäß sein. „Nur der Einklang mit dieser Methode kann (dann, R.E.) die Richtigkeit des Begriffs offenbaren“ (S. 92).

Von den verschiedenen Methoden, die dem Wissenschaftler grundsätzlich zur Auswahl stehen, greift Wälder zwei heraus: den „Essentialismus“ (oder Realismus, „Wesensschau“), der seiner Ansicht nach in den Sozialwissenschaften recht verbreitet sei, den er aber heftig kritisiert und dem er den „logischen Positivismus“ gegenüberstellt, zu dessen Position sich der Verfasser entschließt, weil er sich insbesondere in den Naturwissenschaften bewährt habe.

Interessant ist nun die Rolle der Begriffe in den beiden ausgewählten Methoden: Während die Essentialisten sie zu entscheidenden Bausteinen ihrer Theorien machen („Das gesamte theoretische Wissen fließt aus den Definitionen“, S. 104), wird den Begriffen bei den logischen Positivisten nur eine untergeordnete Bedeutung zuerkannt. Begriffe sind nur noch Bestandteile von informativen Aussagen oder nomologischen Aussagen und damit von Theorien. Begriffe werden damit zu gedanklichen Konstrukten, die nichts über die Realität aussagen. Einem Begriffschaos wird aber dadurch vorgebeugt, daß ein Krite-

rium entwickelt wird, nach dem sich Definitionen beurteilen lassen. Es geht um die instrumentale Rolle des Begriffs im System der Wissenschaft. Obwohl also Begriffe einer Metasprache (als sprachliche Festsetzungen) angehören, müssen sie zweckmäßig, brauchbar und fruchtbar sein. „Ihre Güte wird ... in einem Akt mit den Aussagen (die in der Objektsprache formuliert sind, R. E.) getestet“ (S. 123).

Hier nun müßte die Kritik am methodologischen Standpunkt des Verfassers einsetzen. Und zwar zweifach: Einmal beruht die vorgelegte „Genesis einer allgemeinen Bedeutung“ auf einem Induktionsschluß — insoweit als aus einer individuellen Beziehung auf eine allgemeine Beziehung geschlossen wird. (Man vergleiche dazu Karl Popper: *Logik der Forschung*, 2. erw. Aufl., Tübingen 1966, S. 37). Mit Stegmüller (Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und Analytischen Philosophie. Bd. II, Theorie und Erfahrung, Studienausgabe Teil B, Berlin u. a. 1970, S. 202) kann man hier von einem „formalen Induktions-Schritt“ sprechen. Dieses Problem ist jedoch nicht so bedeutend, da die Begriffe als undefinierte theoretische Terme eingeführt werden können. Damit sind wir aber bei einem — wie mir scheint — wichtigeren Problem angelangt. Es handelt sich dabei um die Trennung der wissenschaftlichen Sprache in zwei Teilsprachen: in die Objekt- oder Beobachtungssprache  $L_B$  und in die Meta- oder theoretische Sprache  $L_T$ , in der die theoretischen Terme auftreten. Soll die theoretische Sprache  $L_T$  eine indirekte oder doch partielle Deutung erhalten, so benötigt man Korrespondenz- oder Zuordnungsregeln  $Z$ . Ob Begriffe dann zusammen mit den aus der theoretischen Sprache (unter Verwendung der Korrespondenzregeln) abgeleiteten Hypothesen getestet werden können, wirft diffizile methodologische Fragen auf — insbesondere im Rahmen einer Bestätigungstheorie, die sich auf induktive Logik beruft. (Man vergleiche etwa die vom Verfasser zitierten Arbeiten von V. Kraft und R. Carnap.) Auf die mit dieser Sprachtrennung einhergehenden Probleme kann jedoch im Rahmen dieser Besprechung nicht eingegangen werden; es wird auf Stegmüller, a.a.O., Studienausgabe Teil B und Teil C (Kapitel IV und V) verwiesen.

Muß man auch dem Essentialismus ganz erhebliche Mängel bescheinigen — eine Frage, die übrigens schon *Locke* recht radikal untersucht und beantwortet hat —, so geht es meines Erachtens oft nicht um ein theoretisches, sondern um ein praktisches Problem. Mit der „Wesensschau“ der Essentialisten ist nämlich oft eine Geisteshaltung verbunden, die man nur mit wissenschaftlicher Intoleranz kennzeichnen kann. Insoweit hat der logische Positivismus zu einer Relativierung wissenschaftlicher Erkenntnis geführt und damit eine sehr fruchtbare Diskussion eingeleitet. Es ist dem Beitrag von Wälder zu wünschen, daß er eine ähnlich lebhaft diskutierte Diskussion in der Versicherungswissenschaft ausgelöst. (Dabei bin ich mir des „Fallstricks des bestimmten Artikels“ [Stegmüller] durchaus bewußt.)

Roland Eisen, München

*Wilbert E. Moore: Strukturwandel der Gesellschaft. München 1967. Juventa-Verlag. 208 S.*

Mehr und mehr — und für den Kundigen keineswegs überraschend — hat nach Kleingruppenforschung, Organisationstheorie, Meinungs-umfragetechnik usw. sich unsere Wissenschaft wieder den großen zentralen Fragen ihres Ursprungs zugewandt, nämlich den Fragen nach Ursachen, Verlaufsformen und Periodik der unverkennbaren und sich selbst dem oberflächlichen Betrachter bei einigem genaueren Hinsehen offenbarenden stetigen Wandlungerscheinungen der Gesellschaft. Nicht zuletzt wurde dieses Interesse nach dem letzten Weltkrieg durch die — teilweise aus äußerlichen Gründen — wieder neu ins Bewußtsein rückende Problematik der sogenannten Entwicklungsländer stimuliert, die durch das sich alsbald aufzwingende Erfordernis synthetischer Betrachtungsweise, komparativen Vergleichs und mehr als „mittelfristiger“ Theorienbildung hinlenkten zu dem zentralen Ursprungsthema des sozialen Wandels. Infolgedessen hat sich inzwischen bereits eine sehr umfangreiche Literatur wieder dieses Themas angenommen.

Eine der ersten Schriften in dieser nach dem Kriege rasch anwachsenden Literatur stammt aus der Feder von Wilbert E. Moore, der bezeichnenderweise als Nationalökonom und Wirtschaftssoziologe — wie übrigens auch Talcott *Parsons* — begann. Die Übersetzung dieses schmalen, ursprünglich in der bekannten Reihe „Foundations of Modern Sociology Series“ erschienenen, sehr gehaltvollen Bandes hat uns nun erreicht. Es empfiehlt sich vielleicht, sofort vorzuschicken, daß es sich zugleich um eine der wenigen, seit ihrem Erscheinen für die vorliegende Problematik unverändert wichtigen Schriften handelt. Keinem geringeren als Pitirim A. *Sorokin* gewidmet, nähert sich das kleine Werk ebenso behutsam wie umsichtig seinem Gegenstand, indem es sich zunächst der Abklärung einiger prinzipieller Vorfragen zuwendet und mit Recht hervorhebt, daß Wandel etwas „Normales“ sei.

Sodann erst geht Moore daran, die Beschaffenheit des jeweiligen Wandels klarzulegen, und wendet sich, nachdem er die „Mär von einer einzigen und alleinigen Theorie des Wandels“ mit Recht abgetan hat, den Methoden des Messens und Auffindens des Wandels und seinen potentiellen Richtungen zu. Instruktive kleine Diagramme vereinheitlichen dabei bisher aufgestellte Theorien und erleichtern ihr Verständnis. Im folgenden geht Moore sehr anschaulich auf Wandlungen kleinen Formats ein, die er im Bereich der Familie, Ausbildungsstätten, Verwaltungen und Wirtschaftsunternehmungen aufspürt, wobei vor allem auch den zyklischen Phänomenen Beachtung geschenkt wird. Nunmehr erst sieht der Verfasser den Boden hinreichend als gesichert an, um darauf eine Erörterung der Probleme des Wandels umfassender Sozialsysteme bzw. von Gesamtgesellschaften aufzubauen. Der Gesichtswinkel weitet sich und bezieht die Historie notwendigerweise mit ein, um zu dem Kern vorzustoßen: „Ge-

weiß können wir der Herausforderung durch die Geschichte nicht gerecht werden — sofern wir darunter das Erklären einzigartiger Ereignisse verstehen —, aber wir müssen trotzdem versuchen, wiederkehrende Kombinationen von vorhergehenden Umständen und Folgen zu erkennen“ (Hervorhebung im Original, S. 119, G.E.). In der Tat wird jede Theorie sozialen Wandels, die ihrer ureigensten Problematik gerecht werden möchte, an dieser zentralen Aufgabe nicht vorbeigehen können.

Nach der ebenso verständlich geschriebenen wie ungemein klärenden Behandlung dieser Fragen geht Moore dann das in der Gegenwart vor allem durch die Entwicklungsländer aufgegebene Phänomen der sogenannten „Modernisierung“ an. Nächst ihren Formen, werden dabei die Vorbedingungen, Begleit- und Folgeerscheinungen der Industrialisierung behandelt, um diese Betrachtungen mit einem Blick auf die Dynamik der modernen Industriegesellschaften abzurunden. Den Abschluß bildet eine kurze zusammenfassende Erörterung der Gesellschaftsentwicklung als solcher, die behutsam einige vorsichtige Verallgemeinerungen wagt. Kurz, es handelt sich um ein ebenso kenntnisreich wie souverän geschriebenes kleines Buch, das nicht nur dem Studenten als Einführung in den ganzen Problemkreis dringend ans Herz gelegt werden kann; darüber hinaus ist zu hoffen, daß es für die bisher spärliche deutsche Literatur auf diesem Gebiet als *Vademecum* dienen wird. Unverständlich bleibt nur — obwohl damit in unseren Augen gewiß der Kern des ganzen Wandlungsphänomens getroffen wird —, warum die deutsche Übersetzung des Buches den Titel „Strukturwandel der Gesellschaft“ und nicht den umfassenderen und für die ganze Forschungsrichtung eingeführten Originaltitel „Sozialer Wandel“ trägt.

Gottfried Eisermann, Bonn

*Karl-Dieter Opp*: Soziales Handeln, Rollen und soziale Systeme. Ein Erklärungsversuch sozialen Verhaltens. Stuttgart 1970. Ferdinand Enke. 218 S.

Hier liegt eine Arbeit vor, die einen erfreulich entschiedenen, einleuchtenden und gut verständlichen Versuch unternimmt, den schwerfälligen Karren der allgemeinen sozialwissenschaftlichen Theorieentwicklung flott zu machen. Opp weist neue Wege, ohne die Chance zu verpassen, bewährte Einsichten soziologischer Forschung zu nutzen.

Daran daß die theoretische Formulierung möglichst allgemeiner und weitreichender Hypothesen die Analyse der sozialen Wirklichkeit sehr erleichtern und beschleunigen kann, zweifeln heute wohl die wenigsten Soziologen. Der Ertrag der theoretischen Arbeit ist jedoch gerade in diesen Disziplinen suboptimal. Soziologische Theorie ist noch weitgehend auf die Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte und gegenwärtigen Inhalte fixiert, bleibt in ihrer Begriffsbildung und Ausdrucksweise vielfach unklar und vieldeutig und beschränkt sich, was

auch Opp bemängelte, auf immer neue kategoriale Analysen, die gesellschaftliche Phänomene so oder so einteilen, nicht aber erklären.

Genau das versucht Opp. Er entwickelt ein Prognoseinstrument, das es ermöglicht, das Eintreten eines bestimmten Verhaltens von Individuen vorherzusagen. Die Variablen seiner Theorie wählt er in Anlehnung an einige Kategorien, die Talcott *Parsons* als Hauptelemente allen sozialen Verhaltens erkannt hatte: Ziel, Mittel und Umgebungsbedingungen. Um eine individuelle Aktivität vorauszuberechnen, müssen nach Opp die folgenden Variablen bestimmt werden: 1. Die Intensität der Zielvorstellungen des Handelnden und 2. der Mittel, die er zur Erreichung des Ziels für geeignet hält, außerdem 3. die Wirksamkeit, die er seinen handlungsrelevanten Informationen und 4. den für seine Ziel- bzw. Mittelvorstellungen nutzbaren Objekten zuordnet.

Die Theorievariablen sind quantitativ zu bestimmen, und zwar ist die Intensität der jeweiligen Ziel- und Mittelvorstellung auf einer Skala zwischen den Werten  $-3$  bis  $+3$  aufzutragen und die geschätzte Wirksamkeit der Objekte und Informationen zwischen den Werten  $0$  und  $+4$ . Die Skalenwerte werden in eine von Opp entwickelte Formel eingesetzt, aus deren Wert sich ablesen läßt, ob die in Frage stehende Aktivität wahrscheinlich auftreten wird oder nicht.

Anschließend überprüft der Autor seine Theorie anhand zweier relativ einfacher empirischer Untersuchungen und kommt zu richtigen Prognosequoten in Höhe von  $70-80\%$  der untersuchten Fälle. Um die Brauchbarkeit seines Ansatzes im Verhältnis zu gebräuchlichen Theorien zu demonstrieren, konfrontiert er sie mit bestimmten Hypothesen der Rollen- und Systemtheorie sowie mit *Homans'* Theorie sozialen Verhaltens. Der Beweis gelingt, daß Opps Erklärungsformel mehr leistet, d. h. allgemeiner und informativer ist als bereits vorliegende Hypothesen. Dies nicht zuletzt dank der Tatsache, daß Opp durch Einbeziehung von Interview und Introspektion über den älteren, objektivistischen Behaviorismus hinausgeht.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß der Autor die von der Rollen- und Systemtheorie untersuchten Phänomene nur insoweit erklären kann und will, als sie sich in individuelles, zielbezogenes Verhalten auflösen lassen. Die Ereignisse in komplexen sozialen Systemen können jedoch nie hinreichend als Summe individueller Zweck-Mittel-Ketten begriffen werden. Dies anzunehmen, hieße zu vergessen, daß System- und Rollengebilde durch funktionale Notwendigkeiten und daraus ableitbare normative Vorgaben ebenso wie durch Macht- und Interessenkonstellationen bestimmt sind, die den Zielvorstellungen der beteiligten Individuen Grenzen setzen und ihnen sehr oft zuwiderlaufen. Wenn Opp aufgrund seines Erklärungsmodells feststellt, daß beim Konflikt mehrerer Systeme „diejenigen Mitglieder aus dem System austreten (werden), die nicht konfliktorientiert sind“ (S. 116), so trifft er die zahlreichen Fälle nicht, in denen diese Möglichkeit durch

Zwang oder durch andere, gegenläufig gerichtete Ziele des Individuums ausgeschlossen wird.

In einigen wesentlichen Punkten scheint Opp der Gefahr nicht entgangen zu sein, den Unterschied zwischen den Handlungsabsichten der einzelnen und den Normen, deren Kontrolle sie unterliegen, zu verwischen. Wichtig wäre es, durch die von Opp selbst geforderten „Anschlußtheorien“ zu bestimmen, auf welche Weise individuelle Ziele durch soziale Bestimmungsgrößen geprägt und modifiziert werden. Nur so dürfte es gelingen, Formeln zu finden, die es erlauben, ohne den ungeheuren Aufwand stets neuer empirischer Untersuchungen über individuelle Handlungsstrukturen die Prozesse in größeren sozialen Gebilden jenseits des „elementaren Verhaltens“ vorauszubestimmen.

Alois G. Brandenburg, Berlin

*Gerhard Brinkmann: Berufsanforderungen und Berufsausbildung.* Tübingen, Zürich 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Polygraphischer Verlag. 211 S.

Nach dem Erscheinen von *Rieses* Prognose, wonach das Angebot an Akademikern den Bedarf übertrifft, hat sich die bildungsökonomische Forschung darauf ausgerichtet, entweder nachzuweisen, daß der ökonomische Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften flexibel sei, oder Möglichkeiten aufzuzeigen, wie diese Flexibilität vergrößert werden könnte. Die Studie von Brinkmann gehört zur ersten Gruppe von Forschungen.

Brinkmann stellt in seinem Buch zunächst die praktische Unbrauchbarkeit der bisherigen Bildungsplanungsmodelle fest und zeigt dann die Anforderungen auf, die ein Modell des ökonomischen Bedarfs an hochqualifizierten Arbeitskräften erfüllen sollte. Weil solche Modelle mit den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen noch nicht empirisch nachvollzogen werden können, beschränkt er das Thema auf die Leistungsanforderungen an außertariflich bezahlte kaufmännische Führungskräfte in Großunternehmen Nordrhein-Westfalens. Sein eigener Beitrag besteht in der Entwicklung und empirischen Anwendung eines Instrumentariums zur ordinalen Messung von Leistungsanforderungen dieser Führungskräfte.

Die ersten Ergebnisse über Berufsanforderungen werden mit Hilfe von Fremdbeobachtung gewonnen, d. h., Spezialisten beobachten die Beschäftigten bei ihrer Tätigkeit, um so einen Einblick in die Art und Unterteilung der Arbeitsakte zu erhalten. Auf Grund dieser Erkenntnisse wird eine weiter ausgedehnte Selbstbeobachtungsumfrage durchgeführt, d. h. die Beobachtungsobjekte berichten mit Hilfe eines Fragebogens selbst über ihre Leistungsanforderungen. Gefragt ist die Betätigung auf bestimmten Sachgebieten, wie z. B. Planung, Organisation, elektronische Datenverarbeitung etc.

In der sorgfältig bearbeiteten Auswertung wird sichtbar, wie häufig kaufmännische Führungskräfte durch einzelne Anforderungen in



Anspruch genommen worden sind. Das Resultat zeigt, daß keine vollständige Spezialisierung herrscht. An die meisten kaufmännischen Führungskräfte werden somit Anforderungen auf ähnlichen Sachgebieten gestellt. Das Niveau dieser Anforderungen kann jedoch infolge der notwendigerweise großteils ordinalen Messung nicht genau festgelegt werden.

In Bezug auf den Bildungsbedarf sieht Brinkmann folgende Hypothese als gesichert an: Wenn es vernünftig ist, daß die höchste Leitung von Unternehmungen ein möglichst hohes Bildungsniveau (z. B. Hochschulbildung) haben sollte, dann sollten nach Brinkmann auch die übrigen kaufmännischen Führungskräfte dasselbe Ausbildungsniveau besitzen, da sie, wie die Meßergebnisse zeigen, in ähnlichen Aufgabengebieten tätig sind.

Würde man diese These in die Bedarfsschätzung von *Riese* einsetzen, so ergäbe sich bei den kaufmännischen Führungskräften eine Zahl, die um ein Vielfaches größer wäre. Brinkmann schließt: „Aus diesen Gründen existiert der bisher oft angenommene Zielkonflikt zwischen ‚Bürgerrecht auf Bildung‘ und dem ‚ökonomischen Bedarf an Bildung‘ nicht.“

Dieser überraschende Optimismus scheint jedoch weniger einer sachlichen Begründung als der Hoffnung „Nicht sein kann, was nicht sein darf“ zu entspringen. Denn erstens kann von den ordinal gemessenen Leistungsanforderungen nicht auf kardinal gemessene Ausbildungsniveaus geschlossen werden, d. h., auch wenn die höchsten Unternehmungsspitzen ähnliche Arbeitsgebiete haben wie die kaufmännischen Führungskräfte, heißt dies nicht, daß diese Tätigkeiten ein gleiches Ausbildungsniveau erfordern. Zweitens kann niemand die Unternehmer zwingen, die entsprechenden Stellen durch Akademiker zu besetzen, auch wenn die Leistungsanforderungen von kaufmännischen Führungsstellen denjenigen der Akademikerstellen entsprechen würden.

Brinkmanns Buch führt zwar in der Messungstechnik von Leistungsanforderungen einen wesentlichen Schritt weiter. Die gezogenen Schlußfolgerungen können bestenfalls als Denkmöglichkeit, nicht jedoch als gesicherte Erkenntnis gewertet werden.

Das Buch ist deshalb für Bildungsforscher eine notwendige Lektüre, für Bildungspolitikern jedoch kaum zu empfehlen. Technisch ist die Ausgabe sorgfältig durchgeführt. Die sprachliche Formulierung ist oft unnötig kompliziert.

Beat Blankart, Konstanz

*Helmut Soldner*: Die City als Einkaufszentrum im Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 345 S.

In seiner Dissertation setzt sich Soldner, der die Entwicklung des City-Einzelhandels im engen Zusammenhange mit den sich ändernden Funktionen der Innenstadt als „Einkaufszentrum, Dienstleistungszentren

trum, Verwaltungszentrum und Wohnzentrum“ sieht, einleitend auseinander mit der mannigfachen Verflechtung von Wirtschaft und Gesellschaft, mit dem Markte als einem sozialen Phänomen und mit dem gesellschaftlichen Wandel im Verbrauch. Sodann gewinnt er die „wissenschaftliche Ortsbestimmung“ seiner Arbeit, für die vor allem die Betriebswirtschaftslehre, Soziologie, Geographie sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte von entscheidender Bedeutung sind. Es folgen „Abgrenzungen“ bzw. Erklärungen der Begriffe wie City, Einkaufszentrum, marktwirtschaftliches System und Gewinnstreben. Verhältnismäßig kurz äußert sich Soldner über die „Stadtmitte als Markt des Einzelhandels im Laufe der Jahrhunderte“ von der Antike ab über das Mittelalter hin bis zum beginnenden 20. Jahrhundert. Die weitere Entwicklung bis zur Gegenwart klärt er namentlich im Anschluß an die von ihm als „klassisch“ bezeichnete Literatur über den Standort des Einzelhandels. Hier bietet ihm Julius Hirschs „Der moderne Handel“ und „Das Warenhaus in Westdeutschland“ eine Basis für die Untersuchung der gegenwärtigen und zukünftigen „Veränderungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturmerkmale“. Hauptanliegen ist dabei, die Ursachen, die „die räumliche Umstrukturierung des großstädtischen Einzelhandels und den Funktionswandel des Einkaufszentrums City“ bedingen, aufzudecken. Das letzte Kapitel schließlich stellt Aufgabe und Aufbau dieses Zentrums „im gewandelten räumlichen Leistungsgefüge des großstädtischen Einzelhandels“ dar und weist dabei noch auf die zukünftige Entwicklung hin. Insgesamt: Soldner hat mit seiner von Georg Bergler angeregten und geförderten Arbeit, für die auch die außerordentlich zahlreiche in- und ausländische Literatur benutzt wurde, die bisher gründlichste Untersuchung über ein für die großstädtische Bevölkerung problemreiches Thema vorgelegt.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Hans Herzfeld* (Hrsg.): Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin 1968. Walter de Gruyter & Co. VIII, 1034 S.

Das umfangreiche Sammelwerk enthält 14 Beiträge, in denen die Geschichte der Mark Brandenburg und Berlins von der großen preußischen Reform nach Jena bis zur Spaltung Berlins und seiner Lösung von der Mark Brandenburg behandelt wird. Die Autoren befassen sich mit der allgemeinen Entwicklung und der politischen Geschichte, der Verfassung und Verwaltung, der Wirtschaft und Bevölkerung, mit Christentum und Kirche, dem Bildungswesen, der bildenden Kunst, dem Musikleben, dem literarischen und publizistischen Leben, dem Theater, der Filmindustrie und den Leibesübungen. Was vielfach für Sammelwerke gilt, trifft auch hier zu: Die Beiträge sind quantitativ und qualitativ unterschiedlich. Der kritische Leser wird sich vielleicht bei der Lektüre des einen oder anderen Beitrages fragen, ob dessen Aufnahme unbedingt nötig war, und er wird das Buch

mit dem Gedanken aus der Hand legen, daß weniger wohl mehr gewesen wäre. Den Leser des Schmollerschen Jahrbuchs interessiert insbesondere der dritte Beitrag, nämlich „Wirtschaft und Bevölkerung“ von *Schmieder*; auf ihn sei im folgenden eingegangen.

Dieser Beitrag ist recht umfangreich, er umfaßt 111 Seiten Text und 7 Seiten Anmerkungen. Der Verfasser überschüttet den Leser mit einer Fülle von Namen, Firmen und Jahreszahlen, ohne dabei übrigens immer vollständig zu sein. Gewiß sind manche Einzelheiten recht interessant, aber waren wirklich alle gebrachten Angaben gleich wichtig, und waren sie alle notwendig? Die Fülle des Materials, das der Verfasser bringt, verhinderte die klare Herausarbeitung der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins. Der Leser verliert leicht den roten Faden.

Bedauerlicherweise enthält die Darstellung mehrfach Ungenauigkeiten; wesentliche seien hervorgehoben.

Die Angaben über die Einwohnerzahlen Berlins für die Jahre 1816 und 1871 im Text S. 314 und in der Tabelle S. 415 stimmen nicht überein. Unverständlich ist, daß der Autor in der Tabelle S. 415 bereits für 1913 die Bevölkerung Berlins mit 4 026 000 angibt und für 1925 mit 4 024 000. Im Text weist der Verfasser doch selbst auf den Zuzug nach Berlin und die großen Eingemeindungen um 1920 hin! Auf S. 322 schreibt der Verfasser, daß *Thaers* Hochschule „eine Reihe ähnlicher Anstalten nicht nur auf deutschem Boden, sondern auch in anderen europäischen Ländern“ eröffnete. Eine Hochschule kann doch nicht andere Hochschulen eröffnen!? — Den Ausdruck „billige Frachttarife“ (S. 336) sollte man vermeiden. — S. 350 hätte dem Leser mitgeteilt werden sollen, daß der damalige Rastatter Platz der heutige Breitenbachplatz ist. — Die Ausführungen über die Rentenmark sind nicht ganz zutreffend. Sie wurde infolge eines Druckerstreiks nicht, wie vorgesehen, bereits am 15. 11. 1923 in Verkehr gebracht, sondern erst einige Tage später. Außerdem war sie nicht das einzige Mittel, das zur Überwindung der Inflation führte. Weitere wichtige geld- und bankpolitische Maßnahmen mußten hinzutreten. Vom Tage der Ausgabe der Rentenmark an durfte die Reichsregierung keine Schatzwechsel mehr bei der Reichsbank diskontieren. Die Gründung der Golddiskontbank und die Restriktionspolitik der Reichsbank kamen im Jahre 1924 hinzu. Durch diese Maßnahmen konnte Anfang Juni 1924 die Zuteilung von Devisen voll erfolgen. Die Rentenmark und die Billionen-Mark glitten nicht ab, ihr Kurs war stabil. Als grober Fehler muß es bezeichnet werden, wenn der Autor S. 405 die Rentenbank als Währungsbank bezeichnet, das ist sie nie gewesen! — Die Ausführungen über die Entwicklung des Bankwesens sind zu knapp. — Hätte der Autor über den Wohnungsbau nicht neuere Zahlen als 1962 bringen können, da doch das Buch erst 1968 erschien?

Ist der Beitrag von *Schmieder* auch kaum dazu geeignet, dem Leser als fortlaufende Lektüre empfohlen zu werden, so ist er doch zum Nachschlagen weitgehend brauchbar.

Bruno Schultz, Berlin

*Gerhard Baron: Der Beginn. Die Anfänge der Arbeiterbildungsvereine in Oberösterreich.* Linz 1971. Kammer für Arbeiter und Angestellte. 389 S.

Eine Besprechung dieses Buches erscheint deswegen leicht, weil hier ein relativ engbegrenzter Stoff auf Grund sorgfältiger Quellenforschung erschöpfend dargestellt wird, sie ist aber schwierig, weil der vom Verfasser verwendete Stil eines pathetischen Sozialromantismus den Inhalt ungläubwürdig erscheinen läßt. Man verliert die Lust am Weiterlesen, wenn, um nur einige Beispiele unter hunderten zu nennen, auf S. 17 steht: „die französischen Arbeiter, die gallischen Rebellen mit ihrem wahrhaft majestätischen wie Blitz und Donner auftretenden Gemeinschaftsgefühl,“ oder auf S. 127: „Wenn es um Geld und Profit ging, schwiegen Pfarrer und Bischof“ (das mag vielleicht in dem einzelnen Fall stimmen, der Verfasser schlägt aber einen Ton an, der solche Behauptungen als allgemeine Norm annimmt), oder S. 272: „daß die ach so gerühmten Herren der Waffenfabrik die Arbeitszeit nicht verminderten“.

Der Rezensent bittet solche Bemerkungen nicht als professorale Überheblichkeit oder Beckmesserei zu werten, sondern bedauert, daß ein Buch, das wissenschaftlichen Anspruch erhebt und in einzelnen Passagen auch erfüllt, als ernstzunehmender Beitrag für die Sozialgeschichte abgewertet wird. Schließlich dient ein Buch nicht der Pflege von Ressentiments, sondern soll die Kühle einer sachlichen Diskussion bestehen.

Im einzelnen bringt das Buch die Geschichte der Arbeiterbildungsvereine, die vielfach Vorläufer von Gewerkschaften und Arbeiterparteien waren und deren erste Vertreter größte Verdienste um die Besserstellung der Arbeiter erwarben. Der Verfasser schildert auf Grund umfangreicher Quellenstudien die Entwicklung dieser Vereine in den einzelnen Orten Oberösterreichs und gibt hier wichtige Details für Sozial- und Lokalgeschichte. Wir erfahren dabei mehr über die Lage der Arbeiter, aber auch der anderen gesellschaftlichen Gruppen, als bis heute für den Zeitraum von etwa 1860-1880 möglich war. Dafür gebührt dem Verfasser wirklich Dank. Ohne das einseitige Engagement, das manchmal peinlich wirkt, wäre das Werk nur zu loben.

Alois Brusatti, Wien

*Erich Maschke: Es entsteht ein Konzern. Paul Reusch und die GHH.* Tübingen 1969. Rainer Wunderlich Verlag. 294 S.

Der Schwabe Paul Reusch, Hütteningenieur wie bereits sein Vater, schuf vom Ruhrgebiet aus die Gutehoffnungshütte als mehrstufigen und heute ältesten sowie bedeutendsten Konzern der deutschen Schwerindustrie. Er nahm, nachdem er 1908/09 Vorstandsvorsitzer der GHH geworden war, drei Reformen in Angriff: den vertikalen sowie horizontalen Aufbau des Konzerns, die Verbesserung der technischen

Einrichtungen und eine fortschrittliche Arbeitspolitik. Wie er diese Aufgaben löste, wie er die GHH, deren Charakter als Familienunternehmen er bewahren konnte, von der Basis der Rohstoffgewinnung aus durch die Angliederung verschiedenartiger Betriebe ausweitete — auch an Zeitungsverlagen wurden Beteiligungen erworben —, wie er die Unabhängigkeit und Sicherheit des Konzerns stärkte und vor welche immer neue Probleme er sich bis zu der von der NSDAP geforderten Entbindung von seinem Amte 1942 gestellt sah, hat Maschke auf Grund einer fast überwältigenden Fülle von Archivalien — vor allem der GHH selbst — außerordentlich spannend in solcher Klarheit dargestellt, wie sie für andere Unternehmen wohl kaum gewonnen werden kann.

Zu den Grundkonzeptionen Reuschs gehörte z. B., Beteiligungen an Unternehmen nicht mit Inflationsgewinnen zu finanzieren, Tochtergesellschaften nicht zwangsweise zu erwerben, ihre Abhängigkeit ohne straffe Zentralisation durch Mehrheitsbeteiligungen sowie Aufsichtsratsmitgliedschaften zu sichern und sie möglichst selbständig arbeiten zu lassen. Er bemühte sich auch darum, ein Konzernbewußtsein aller Mitarbeiter zu entwickeln und zu stärken.

Maschke stellt nun nicht nur die Leistung eines der großen Wirtschaftsführer der ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts dar. Vielmehr gewinnt sein Buch noch in einer weiteren Hinsicht. Es bietet eine umfassende Biographie, die wertvolle Einblicke in die private Lebenssphäre Reuschs gestattet und z. B. die vielen engen Beziehungen zu anderen Persönlichkeiten erkennen läßt, zum Lutherbund, zur Ruhrlade, zu Robert Bosch, Theodor Heuß, Oskar v. Miller oder Oswald Spengler. Bemerkenswert, daß Reusch von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Einigung Frankreichs und Deutschlands, der ein politischer Zusammenschluß folgen werde, überzeugt war. Schließlich: Reusch besaß ein tiefes Geschichtsbewußtsein und Verständnis. Er meinte: „Die Menschen lesen nicht genug Geschichte“, und er wußte: „Wer voraussehen will, muß Geschichte kennen“.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Hans G. Schachtschabel*: Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Stuttgart 1971. W. Kohlhammer. 271 S.

Der Verfasser unternimmt es, auf 244 Seiten eine Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen zu bieten. Auf 1½ Seiten beschäftigt er sich in der Einleitung mit ihrem Inhalt und ihren Darstellungsmöglichkeiten sowie mit den Namen, die dieser Disziplin der Volkswirtschaftslehre gegeben werden. Es folgen weitere 1½ Seiten Literaturangaben über Gesamtdarstellungen der Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Der Autor bringt nicht, wie im allgemeinen üblich, am Schluß ein Literaturverzeichnis, sondern am Ende jedes Kapitels ausführliche Literaturhinweise. Auf Schaeffersche Grundrisse hätte ich

nicht verwiesen. Leider fehlt oft die Angabe des Erscheinungsortes. Der Stoff wird in zwei Teile gegliedert, in einen sehr kurzen (S. 14 bis 33), in dem die Vorläufer der Volkswirtschaftslehre zur Darstellung kommen, und in einen sehr ausführlichen über „Begründung und Aufbau der Volkswirtschaftslehre“. Über die Zweckmäßigkeit dieser Zweiteilung kann man verschiedener Meinung sein.

Im ersten Teil werden Ansätze ökonomischen Denkens im Altertum und Mittelalter ganz knapp und der Merkantilismus etwas ausführlicher behandelt. Wenn Schachtschabel letzteren nur zur Vorgeschichte der Volkswirtschaftslehre rechnet, so deckt sich seine Auffassung mit der von *Schumpeter* (Epochen zur Dogmen- und Methodengeschichte. In: GdS, 2. Aufl. Tübingen 1924, S. 37).

Im zweiten Teil bringt der Autor die wichtigsten volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen von den Physiokraten bis zur Gegenwart. In den beiden Kapiteln „Liberalökonomische Lehren“ und „Antiklassische Lehren“ geht er auf die volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen von den Physiokraten bis zu *Keynes* ein. Dabei geht er nicht immer chronologisch vor, denn *Ricardo* wird vor *Malthus* behandelt, und nach den Klassikern folgt ein Abschnitt, in dem der Sozialismus und seine Vertreter, auch *Lenin*, dargestellt werden. Danach muß der Leser gewissermaßen zurückschalten von *Nell-Breuning* zu *List*, und jetzt erst werden die Romantik und der Historismus in der Volkswirtschaftslehre behandelt. Im letzten Kapitel „Moderne Ausbildung rationalökonomischer Lehren“ geht Schachtschabel auf die Grenznutzentheorie, die neoklassische Lehre, die Welfare Economics sowie den Keynesianismus ein und bringt dann, etwa vergleichbar mit der Gliederung von *Stavenhagen* in seiner „Geschichte der Wirtschaftstheorie“, einen „Überblick über Darstellungsformen sektoraler Aufspaltungen und spezielle theoretische Bereiche“. Gedanken von *Schneider*, *Ott*, *Morgenstern* werden gebracht sowie Auseinandersetzungen mit modernen Problemen von *Samuelson*, *Riese*, *Tinbergen* und *Chakravarty*.

Es ist verständlich, daß der Autor bei der umfangreichen Aufgabe, die er sich gesetzt hat, manches nur kurz bringen, ja manches nur streifen konnte. Hat es aber Zweck, mitunter nur Namen anzugeben, denen nur ein kurzer Satz oder wenige Sätze oder gar nur Büchertitel hinzugefügt werden? So ist z. B. die Darstellung des vormarx'schen Sozialismus, wobei die Utopisten und Sozialreformer zusammengefaßt werden, recht dürftig. *List* wird im Vergleich zu *Spann* sehr knapp behandelt. Der Abschnitt über den Historismus muß ebenfalls als dürftig bezeichnet werden. Demgegenüber werden z. B. *Thünen* und *Marx* ausführlich dargestellt.

Der Autor verfügt zweifelsohne über gute Kenntnisse unserer Fachliteratur, auch der neuesten, und bringt in seiner Schrift sehr viel. Dennoch kann sie dem Anfänger nicht empfohlen werden, wohl aber dem Studierenden, der mit der Materie vertraut ist und hier einen kurzen Gesamtüberblick bekommen will.

Das Buch enthält manche Ausführungen, denen man nicht zustimmen wird, wie auch sachliche Fehler und Ungenauigkeiten. Auf einige sei hier hingewiesen. Die Darstellung der Lohntheorie von *Smith* ist schief (S. 50). Unter *Gladstone* wurden 1860 auch die noch bestehenden Industriezölle aufgehoben (S. 84). Kann man behaupten, daß *Saint-Simon* weder Utopist noch Sozialist war? (S. 95). Sind die Pioniere von *Rochedale* wirklich gescheitert? (S. 98); der Ausdruck „Produktionstechnik“ (S. 136) trifft nicht für alle Wirtschaftsstufentheorien zu. Seit kurzem ist der alte Name „Verein für Socialpolitik“ wieder eingeführt (S. 138). Die Unterscheidung von Erfahrungs- und Erkenntnisobjekt geht nicht auf *Alfred Amonn* zurück (S. 144). *Weinberger* und *Philippovich* gehören zu den Vertretern der österreichischen und nicht der deutschen Grenznutzenschule (S. 147). Gehört *Walter Rathenau* in den Abschnitt über den Sozialismus? (S. 117). Eigenartig wirkt es, im Literaturverzeichnis S. 126 *Sismondi* zwischen *Campanella* und *Saint-Simon* zu finden. Manche Büchertitel werden ungenau angegeben (vgl. z. B. *Boisguillebert* und *Becher*, S. 33; in der 2. Aufl. hat *Knies* den Titel seiner Schrift geändert, S. 146). Am Schluß befinden sich ein Personen- und ein Sachregister.

Bruno Schultz, Berlin

*John B. Watson: Behaviorismus. Ergänzt durch den Aufsatz „Psychologie, wie sie der Behaviorist sieht“.* (Herausgegeben und mit einem Vorwort von *Carl F. Graumann*.) Köln und Berlin 1968. Kiepenheuer & Witsch. 303 S.

Der hier anzuzeigenden, in der „Studien-Bibliothek“ des Verlags Kiepenheuer & Witsch erschienen und von *L. Kruse* mustergültig besorgten Neuübersetzung von *Watsons „Behaviorism“* liegt die zweite, völlig umgearbeitete Auflage von 1930 zugrunde, während die erste deutsche Übertragung aus der Feder von *E. Giese-Lang* (1930) auf der ursprünglichen Fassung des Werkes von 1924/25 beruhte und längst vergriffen ist.

Es erübrigt sich an dieser Stelle, über den Inhalt dieses brillant geschriebenen Buches und die Begründung der behavioristischen Psychologie durch *Watson* (der hierbei weder ganz ohne Vorläufer war noch mit seinen Anschauungen völlig allein stand) ein weiteres Mal zu referieren. Von der Entwicklung zur modernen Psychologie und Soziologie her gesehen hat der Behaviorismus Geschichte gemacht und ist mittlerweile bereits Geschichte geworden. Um so mehr ist zu begrüßen, daß Editor und Verlag uns dieses Standardwerk der „Comparative Psychology“ wieder zugänglich gemacht und es im deutschen Text um *Watsons* streitbaren Erstlingsaufsatz „Psychology as the Behaviorist views it“ (*Psychological Review*, 1913) vermehrt haben, der in seiner weit ausholenden und pointierten Programmatik noch immer als eine der besten Einleitungen in die behavioristische Psy-

chologie dienen kann. Neben einem knappen, aber informativen Vorwort *Graumanns* umfaßt der Band ein Verzeichnis der einschlägigen Schriften *Watsons*, eine Literaturlauswahl zum Behaviorismus sowie ein verlässliches Register.

Dem wirtschaftswissenschaftlich interessierten Leser werden bei genauem Studium des Behaviorismus mancherlei Einflüsse auf die Fortbildung seines eigenen Fachgebietes sichtbar werden, die in ihrem Ursprung bis in die Blütezeit des (auch und gerade behavioristisch orientierten) amerikanischen Institutionalismus zurückgehen, so etwa in der Ambition, das Verhalten in bestimmten Lebenslagen vorzusehen und daraus Regeln für ökonomisch relevantes Individual- und Gruppenhandeln aufzustellen, darüber hinaus in den befruchtenden Wirkungen auf die Lehre von den wirtschaftlichen Verhaltensweisen bis zur Revealed-Preference-Analyse oder mit Bezug auf *P. Reiwalds* — allerdings umstrittene — These, daß der Behaviorismus in gewissem Sinne Erbe des Puritanismus sei.

Antonio Montaner, Mainz

*Ernst Heuss*: Grundelemente der Wirtschaftstheorie. Eine Einführung in das wirtschaftstheoretische Denken. Göttingen 1970. Vandenhoeck & Ruprecht. 223 S.

An guten Einführungstexten herrscht in der Volkswirtschaftslehre nach wie vor Mangel, sofern man nicht den Titel, sondern den Inhalt eines Buches im Auge hat. Ein Buch, das dem Studienanfänger einen Zugang zur Volkswirtschaftslehre eröffnen soll, stellt an den Autor erhebliche Anforderungen verschiedener Art, die nicht leicht zu erfüllen und auf einen Nenner zu bringen sind. Über die zweckmäßige Stoffauswahl wird sich ohnedies kaum Einigkeit erzielen lassen. Heuss stellt in den Mittelpunkt seiner Bemühungen die Absicht, den Anfänger mit dem theoretischen Handwerkszeug vertraut zu machen. Dazu greift er auf die Preistheorie, die Kreislauftheorie und einige Aspekte des technischen Fortschritts zurück. Irgendeine Vollständigkeit, die es im strikten Sinne kaum geben kann, ist nicht beabsichtigt; ein Ausblick am Schluß weist auf die bewußt hinterlassenen Lücken hin.

Die Stoffselektion kann gleichwohl nicht als willkürlich bezeichnet werden. Aus der Preistheorie ist das für den Anfänger Wesentliche ausgewählt worden, die Nachfrage, das Angebot, die Preisbildung und die volkswirtschaftliche Koordinierung durch die Märkte. Vor allem wird — anders als bei den meisten Autoren — die abgeleitete Nachfrage und die Erklärung des Zinses nicht vernachlässigt, die für das Verständnis der Funktionsweise der Marktwirtschaft unentbehrlich sind. In der Kreislauftheorie kommen die Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage sowie die zwischen Sparen und Investieren zur Darstellung; eigene Abschnitte sind dem Thema Geld und Kredit und



den kurz- und langfristigen Kreislaufwirkungen gewidmet. Das Kapitel „Technischer Fortschritt und Beschäftigung“ soll an einem ständigen Problem zeigen, was wirtschaftstheoretisches Denken zu leisten vermag und wie problematisch die Unterscheidung nach Mikro- und Makrotheorie ist; unter diesem Titel werden — nach einer Skizze des technischen Fortschritts — produktions- und absatztheoretische Fragen erörtert.

Das von Heuss vorgelegte Buch ist im deutschsprachigen Gebiet Typ eines Anfängerbuches, für den es in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg keinen Vorläufer gibt. Am ehesten ist es mit den Einführungswerken der Zwischenkriegszeit von Enrico *Barone* (Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie, 2. Aufl., Berlin und Bonn 1935) und Richard *von Strigl* (Einführung in die Grundlagen der Nationalökonomie, Wien 1937) vergleichbar; auf den letzten Titel hat *von Stackelberg* nachdrücklich hingewiesen. Der aufgegriffene Stoff wird nicht nur angeschnitten, sondern gründlich und exemplarisch für die theoretische Verfahrensweise behandelt. Das hat den Vorteil, den Anfänger tiefer einzuführen, bedeutet jedoch zugleich, daß an ihn stellenweise nicht unerhebliche Anforderungen gestellt werden. Genau das beabsichtigt der Verfasser, und es ist symptomatisch, daß er das Buch auch Berufsberatern zgedacht hat, damit sie sich ein zutreffendes Bild über das Maß geistiger Anforderungen beim Studium der Volkswirtschaftslehre machen können. Wie in anderen Publikationen von Heuss ist die Art, wie er Probleme angeht, originell. Bis in die theoretischen Ausführungen hinein spürt man, ähnlich wie bei Walter *Eucken*, sein wirtschaftspolitisches Engagement; Theorie wird nicht um ihrer selbst willen betrieben. Nicht nur ernsthaft arbeitende Studienanfänger, auch Fachleute und interessierte Praktiker dürften aus dem Werk Nutzen ziehen.

Artur Woll, Gießen

*Albert Jeck*: Wachstum und Verteilung des Volkseinkommens. Untersuchung und Materialien zur Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland 1870-1913. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 251 S.

Der Verfasser untersucht die langfristige Verteilung des Volkseinkommens in einer wachsenden Wirtschaft. Wenn er dabei auf die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückgreift, so deshalb, weil gerade diese Epoche — anders als in späteren Perioden — nicht von Kriegen und wirtschaftlichen Erschütterungen (Inflation, Depression) heimgesucht wurde. Das Hauptgewicht der Arbeit aber liegt in der empirisch-statistischen Analyse.

Häufig wird in der modernen Verteilungstheorie eine Konstanz der Lohnquote  $\left( \frac{\text{Lohnsumme}}{\text{Volkseinkommen}} = \frac{L}{Y} \right)$  postuliert. Es ist deshalb das Anliegen des Verfassers, zunächst einen geeigneten Ansatz für seine

empirische Analyse zu finden. Ausgehend von dem theoretischen Lohnquoten-Modell von J. Heinz Müller, das später von Joachim Klaus empirisch-quantitativ ausgefüllt wurde, kommt Jeck zu dem von ihm getesteten Ansatz, seiner „relativen Verteilungsposition“  $x^*$  bzw.  $x$ . Diese Vorstellung geht auf die Untersuchungen von Kuznets zurück. Jene Verteilungsposition stellt nicht eine Gesamtgrößenbetrachtung wie bei der Lohnquote dar, sondern bezieht  $L$  und  $Y$  im Falle von  $x^*$ , bzw.  $L$  und  $P$  (Einkommen der selbständig Beschäftigten, also Unternehmer i. w. S.) im Falle von  $x$ , auf den einzelnen Beschäftigten. Die relative Verteilungsposition  $x^*$  ist dann also definiert als  $L$  pro unselbständig Beschäftigte ( $A$ ) bezogen auf  $Y$  pro insgesamt Beschäftigte ( $B$ ), also  $x^* = \frac{L}{A} / \frac{Y}{B}$ . Analog ist  $x$  definiert als  $L$  pro unselbständig Beschäftigte bezogen auf  $P$  pro Selbständige ( $U$ ), also  $x = \frac{L}{A} / \frac{P}{U}$ . Mit diesem Ansatz kommt Jeck später zu erstaunlichen Ergebnissen.

Den umfangreichsten Teil des Buches machen die empirischen Untersuchungen, das Durchringen zu den benötigten Materialien aus. Welche Schwierigkeiten und welche Mühen hinter einer solchen Arbeit stehen, vermag nur der zu ermessen, der selbst einmal empirische Untersuchungen anstellte. Solche weisen nämlich schon bei gegenwärtigen Statistiken einen ziemlich hohen Schwierigkeitsgrad auf, der sich potenziert, je weiter man das Untersuchungsobjekt zeitlich zurückverlegt. Schließlich bestanden für die betrachtete Zeitperiode auch keine durchgehenden Unterlagen der amtlichen Statistik für das gesamte Deutsche Reich. Als die besten Quellen ergaben sich schließlich die Statistiken der Länder Sachsen, Baden und Württemberg, teilweise auch Preußen, die hinsichtlich des Wachstums und der Verteilung durchforstet wurden.

Aus der empirischen Analyse ergibt sich schließlich, daß die Lohnquote laufend — wie heute auch — steigt, in Sachsen von 31,1 % (1874) auf 56,6 % (1913), in Baden von 36,2 % (1885) auf 49,3 % (1911) und in Württemberg von 42 % (1904) auf 51,7 % (1913). Das Steigen der Lohnquote  $\frac{L}{Y}$  ist dabei natürlich vor allem auf die starke Zunahme der Unselbständigenquote  $\frac{A}{B}$  zurückzuführen. Insofern gibt die Lohnquote keinen verteilungstheoretisch neuen Aspekt. Interessant aber ist, daß die relative Verteilungsposition  $x^*$  in allen drei betrachteten Ländern nahezu konstant bleibt! Stellt man dieses Ergebnis von Jeck der Untersuchung von Klaus (Z. f. d. ges. Staatsw., Bd. 120 [1964], Tabelle 2) gegenüber, so kann aus dessen Zahlen für die Bundesrepublik in der Zeit von 1950-1957 der gleiche Tatbestand ermittelt werden; erst von 1958 ab — also mit dem Abschluß des Wiederaufbaus — beginnt hier die relative Verteilungsposition  $x^*$  zu steigen.

Jeck hat damit nicht allein die so dankenswerte und mühevoll Aufgabe einer Ermittlung und Durchforstung der Statistiken vor dem Ersten Weltkrieg erfüllt, er leistet darüber hinaus auch wertvolle Beiträge zur Theorie der Verteilung.

Manfred Borchert, Marburg a. d. L.

*Jochen Röpke: Primitive Wirtschaft, Kulturwandel und die Diffusion von Neuerungen. Theorie und Realität der wirtschaftlichen Entwicklung aus ethnosozio-logischer und kultur-anthropologischer Sicht. Tübingen 1970. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XI, 207 S.*

Röpke wählte für seine Untersuchung einen interdisziplinären Forschungsansatz, um der Gefahr zu begegnen, durch Orientierung der Hypothesen an allzu engen Gegenstandsbereichen relevante Variable in den Datenkranz verweisen zu müssen. Der Verfasser versucht, eine Erklärung der Unterentwicklung zu geben und auf relevante Faktoren hinzuweisen, von denen ein Entwicklungsprozeß bestimmt wird, der geeignet erscheint, den „Zirkel der Armut“ zu durchbrechen. Zu diesem Zwecke entwickelt Röpke zunächst eine Theorie der primitiven Wirtschaft, analysiert dann Mechanismen des Kulturwandels, um schließlich Theorie und Realität ökonomischer Entwicklungstheorien miteinander zu vergleichen.

Ausgehend von der Tatsache, daß alles menschliche Handeln risikobehaftet ist, spricht Röpke für den Fall einer naturvolklichen Wirtschaft von „Subsistenzrisiko“, worunter die Ungewißheit der materiellen Versorgung der Mitglieder einer Gemeinschaft zu verstehen ist. Das Subsistenzrisiko wird von zwei sich gegenseitig beeinflussenden Faktoren bestimmt: vom geringen Grad der technischen Beherrschung der physischen Umwelt sowie von der unvollkommenen Einsicht in den Produktionserfolg bestimmter Faktoren. Aufgrund eines Vergleichs zwischen naturvolklichen und westlichen Wirtschaftsordnungen charakterisiert Röpke die „primitive“ Produktion durch spezielle Transaktionsprinzipien (Transaktionen auf Grundlage der Gegenseitigkeit, etwa in Form von Geschenken), durch einen vergleichsweise hohen Anteil kollektiven wirtschaftlichen Handelns sowie durch eine enge Verbindung zwischen ritueller und produktiver Tätigkeit. Daß eine Produktion nach den Allokationsregeln neoklassischen Marktverhaltens unter den Bedingungen primitiven Wirtschaftens den Regeln der „primitiven“ Produktion hinsichtlich der Erwirtschaftung einer Sicherheitsmarge unterlegen ist, weist Röpke anhand eines Modells nach. Rationalität sei deshalb eine relative Konzeption, da abhängig vom Wissen über Situation und Ziele des Handelnden.

Zur Untersuchung von Mechanismen des Kulturwandels umschreibt Röpke den Begriff „Kultur“ als den erlernten Teil des menschlichen Verhaltens und nennt Kulturwandel, wenn er nicht intern, sondern extern durch den Kontakt zweier Völker mit unterschiedlichen Lebensweisen verursacht ist, „Akkulturation“. Neben der bereits er-

währten Bedingung für kulturellen Wandel (historische Kontakte) gilt als weiteres Kriterium eine Spannungssituation, die auf eine Änderung der interaktionalen Verhaltensmuster der einzelnen hinwirkt. Beide Faktoren zusammen ermöglichen einen Prozeß der Annahme von Innovationen. Vollzieht sich diese Annahme in Form einer Vermischung neuer mit bereits bekannten Elementen, nennt Röpke diesen Vorgang „Synkretismus“ und bezeichnet ihn als „Idealprozeß“ der Akkulturation.

Ohne auf Einzelheiten der Untersuchung des Spannungsverhältnisses zwischen Theorie und Realität ökonomischer Entwicklungstheorien eingehen zu können, sei kurz auf das Ergebnis der Analyse hingewiesen. Wenn es richtig ist, daß kultureller Wandel sich nicht in Sprüngen, sondern stetig vollzieht, eine Ordnung als Ergebnis des Zusammenspiels individueller Handlungen um so komplexer ist, je abstrakter die Regeln sind, mithin, je größer der Spielraum für die Eigeninitiative ist und dies am effizientesten in einem Wettbewerbsmechanismus realisiert ist, wenn es schließlich zutrifft, daß aus dem Innovationsmechanismus in einer „spontanen Ordnung“ keine Dichotomie zwischen Privat- und Staatsunternehmern — vorausgesetzt sie unterliegen den gleichen Regeln — ableitbar ist, dann scheint einiges für Röpkes Schlußfolgerung zu sprechen, daß die Aufgabe einer rationalen Wirtschaftspolitik in unterentwickelten Ländern darin bestehe, „den Prozeß der Diffusion von Neuerungen zu beschleunigen und die Aufnahmebereitschaft für neue Ideen zu erhöhen“ (S. 176).

Fritz Nägele, Mainz

*Horst Regling: Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland seit 1955. Hamburg 1970. Weltarchiv GmbH. 265 S.*

Eine umfassende Zusammenstellung der erreichbaren Daten zum Umfang und zur Struktur von Militärausgaben ermöglicht es dem Autor in seiner über den Rahmen konjunkturpolitischer Betrachtung hinausgehenden Untersuchung, eine qualitative Partialanalyse mit wachstumstheoretischem Anspruch auf ein solides Fundament zu stellen. Das rein nationalökonomische Vorgehen schließt dabei jeglichen politischen Aspekt aus: Militärausgaben werden als außerökonomisches Datum behandelt und deshalb dort eingesetzte Ressourcen nicht auf ihren möglichen Ertrag bei alternativer Verwendung geprüft.

Als kritische Größen des im Thema postulierten funktionalen Zusammenhangs erweisen sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung einerseits und der „technische Fortschritt“ im Sinne der neoklassischen und jüngeren Wachstumstheorie andererseits. Zwei Thesen, die quantitative Aussagen über den fraglichen Zusammenhang zu ermöglichen scheinen, spiegeln die Problematik eines solchen Versuchs wider: 1. Der „output“ sei eine lineare Funktion des „input“,

also: Forschungs- und Entwicklungsausgaben erbrächten einen konstanten Durchschnittsertrag an technischem Fortschritt, und 2. scheine es nicht ausgeschlossen, „daß der Beitrag der militärischen Forschungs- und Entwicklungsphasen zum allgemeinen technischen Fortschritt dem finanziellen Anteil nahe kommt, den die Militärausgaben an den Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik einnehmen“ (S. 181). Beide Thesen sind, wie auch der Autor zu erkennen gibt, so angreifbar, daß sie nur als Näherungsversuch gelten können. Es bleibt demnach bei plausiblen qualitativen Aussagen der Art, daß Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung als ein Motor des allgemeinen technischen Fortschritts anzusehen seien.

Fraglich ist jedoch, ob das Paradebeispiel des Autors, die Raumfahrtindustrie, trotz der unbezweifelbaren militärischen Implikationen nicht doch ein untaugliches Demonstrationsobjekt für das gestellte Thema ist; denn die wissenschaftlichen, technologischen und politischen Triebkräfte des Raumfahrtprogramms stellen dieses in einen wesentlich weiteren Kontext als den militärischer Forschung und Entwicklung. Schließlich verwendet und zitiert der Autor selbst in der Hauptsache nicht-militärische Argumente, wenn es um die Widerlegung von Kritikern des Raumfahrtprogramms geht (S. 165 ff.).

Insgesamt bietet die Untersuchung eine anregende, sachliche Auseinandersetzung sowohl mit dem Gegenstand selbst als auch der bisher nicht sehr zahlreichen einschlägigen Literatur aus dem Bereich der Wirtschaftswissenschaften.

Hilmar Linnenkamp, Bonn

*Hermann Albeck: Stabilisierungspolitik mit Entscheidungsmodellen.*

Das Beispiel der niederländischen Lohn- und Finanzpolitik. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). X, 279 S.

Das Buch hat drei Hauptteile: Teil 1: Ökonometrische Modelle als Basis wirtschaftspolitischer Entscheidungen; Teil 2: Die Praxis der wirtschaftspolitischen Modellauswertung in den Niederlanden; Teil 3: Kritische Analyse der erzielten Ergebnisse. Es ist durch die Interpretation der Geschichte der niederländischen Planung und durch die Zusammenstellung einer großen Masse deskriptiver Information sehr nützlich.

Teil 1 bringt eine kurze, nicht sehr tiefe Darstellung ökonomisch-ökonometrischer Modelle und ihrer wirtschaftspolitischen Verwendung. Daran schließt sich im Teil 2 eine klare und gründliche Darstellung der niederländischen Planung und der involvierten politischen Institutionen. Im vom Thema her interessantesten Teil 3 wird eine Bewertung der niederländischen Planungsmodelle bzw. der daraus abgeleiteten Prognosen mit Hilfe des *Theilschen* Instrumentalismus (vgl. Henry Theil: *Applied Economic Forecasting*, Amsterdam 1966) versucht. Insgesamt kann man sagen, ein für den Wirtschaftshistoriker wichtiges Buch.

Ulrich Schittko, Augsburg

A. R. G. Heesterman: *Forecasting Models for National Economic Planning*. Dordrecht-Holland 1970. D. Reidel Publishing Company. 132 S.

Nicht zuletzt auch unter dem Einfluß der „General Theory“ von Keynes haben sich seit den dreißiger Jahren zwei parallele Entwicklungstendenzen zunehmend verstärkt. Dabei handelt es sich einmal um die immer bedeutender gewordene Präsenz des Staates in der Wirtschaft, die nicht nur auf ordnungspolitischem Gebiet zum Ausdruck kommt, sondern auch in einer bisweiligen schon höchst bedenklichen Intensivierung der staatlichen Einflußnahme auf den Wirtschaftsprozeß ihren Niederschlag findet. Um den Rationalitätsgrad der wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Staates zu erhöhen, ist zum andern die Wirtschaftswissenschaft seit den ersten einschlägigen Arbeiten von Ragnar Frisch und Jan Tinbergen mit ebenfalls zunehmender Intensität darum bemüht, das theoretische Fundament für solche Entscheidungen zu verbreitern und ständig zu verbessern. Das Ergebnis dieses Bemühens besteht u. a. auch in einer inzwischen schon kaum mehr übersehbaren Vielzahl zum Teil höchst anspruchsvoller Prognose- und Entscheidungsmodelle, über deren Nutzen als Entscheidungshilfen für die Wirtschaftspolitik die Meinungen allerdings noch stark auseinandergehen.

Von solchen Meinungsverschiedenheiten angeregt, hat sich der Verfasser dieses Buches die Aufgabe gestellt, einen in die Methodik und Problematik ökonometrischer Modellbildung einführenden Überblick über lineare makroökonomische Modelle zu vermitteln, die, nach den Kriterien des Aggregationsgrades und der Fristigkeit ausgewählt, anhand typischer Beispiele verdeutlicht und erörtert werden. Das Schwergewicht liegt dabei auf der Darstellung und Erörterung von Prognosemodellen. Gegenüber Entscheidungsmodellen, auf die im Schlußkapitel des Buches nur kurz eingegangen wird, bringt Heesterman schon einleitend seine begründete Skepsis zum Ausdruck, indem er unter anderem erklärt (S. 1): „... our models and our ideas about the policies we want are too crude for its effective utilisation.“

Im ersten Kapitel macht uns der Autor zunächst allgemein mit dem Aufbau und der Darstellung linearer makroökonomischer Modelle vertraut, um sodann anhand der etwas abgewandelten Konjunkturmodelle von Hicks und Harrod die ökonomischen und stochastischen Relationen zu erklären, die mit den verschiedenen Gleichungstypen dieser Modelle zum Ausdruck gebracht werden. In ähnlich prägnanter Weise wird anschließend auch die von Goldberger so benannte „Reduzierte Form“ eines Systems erläutert, wobei Heesterman die diesbezügliche Terminologie von Tinbergen verwendet.

Das zweite Kapitel ist der Darstellung und Erörterung eines kurzfristigen (einjährigen) Prognosemodells gewidmet. Als konkretes Beispiel wird dabei überraschenderweise aber nicht das im Jahre 1963 im niederländischen Centraal Planbureau entwickelte und erheblich ver-

feinerte Prognosemodell herangezogen, das mit zum Teil nur geringfügigen Veränderungen später auch in anderen Ländern zur Anwendung gelangt ist, sondern ein früheres, wesentlich einfacheres Modell, das schon dem Centraal Economisch Plan 1955 zugrunde gelegen hat und mit der von Heesterman gewählten Darstellung in Zuwächsen (increments) noch stärker reduziert worden ist, ohne dadurch allerdings an Aussagewert einzubüßen. Neben einer ausführlichen ökonomischen Interpretation der einzelnen Relationen des Modells finden sich hier bezüglich der wesentlichsten Probleme wertvolle Hinweise auch auf andere Modelle des gleichen Typs.

In den beiden anschließenden Kapiteln erläutert der Verfasser die grundlegenden Methoden der Input-Output-Analyse und der Programmierung, und zwar ausgehend von einem einfachen Input-Output-Modell, das sukzessive erweitert und durch die Einbeziehung auch solcher Größen wie die Endnachfrage und die Faktorpreise schließlich zu einem vollständigen Sektorenmodell ausgebaut wird. Inwieweit darüber hinaus auch die Preissensibilität der Inputs berücksichtigt werden kann, wird an dem Beispiel des von *Stone* entwickelten Ausgabensystems dargelegt.

Nach einer Darstellung des Wachstumsmodells von *Harrod* und *Domar* und einiger Probleme, die bei der Berechnung des Kapitalkoeffizienten auftreten, wendet sich der Autor im fünften Kapitel einem dynamischen Input-Output-Modell zu, das sich vom statischen im wesentlichen durch die Berücksichtigung des Kapazitätseffektes der Investitionen und des (an einem weiteren Modell erläuterten) Akzelerationsprinzips unterscheidet. Daran anschließend wird anhand eines quasi-statischen Makromodells die Frage der Kosten des Wirtschaftswachstums erörtert. Dieses Modell disaggregiert Heesterman sodann zu einem Sektorenmodell, das ihm im weiteren dazu dient, das Optimierungsproblem sowie die Praxis und Problematik der Erstellung eines Nationalplanes zu erläutern.

Bei einer Gegenüberstellung kurz- und langfristiger Prognosemodelle, die im siebenten Kapitel erfolgt, werden vor allem die Kausalkette der Multiplikator- und Akzeleratorprozesse sowie die Stabilitätsbedingungen aufgezeigt und erklärt.

Im letzten Kapitel geht der Verfasser schließlich auch auf wirtschaftspolitische Entscheidungsmodelle ein. Als deren Hauptschwierigkeit bezeichnet er zu Recht die Konstruktion einigermaßen realistischer Präferenzfunktionen, um sodann unter Bezugnahme auf zwei Lösungsansätze, die beide von *Tinbergen* entwickelt worden sind, darzulegen, wie dieses Problem möglicherweise bewältigt werden kann.

Bei dem ersten Ansatz wird die soziale Wohlfahrtsfunktion durch absolute Ziele ersetzt. Damit ergibt sich die Möglichkeit, eine reduzierte Form des Modells zu bilden und mit dessen Hilfe die Werte der Instrumente simultan zu bestimmen. Problematisch bleibt indessen die Notwendigkeit, die politischen Grenzbedingungen zu berücksichtigen, von denen der Variationsbereich der Instrumente zumeist erheblich

eingeschränkt wird. Überdies verlangt die Konsistenz des Systems, daß die Zahl der Instrumente von der Anzahl der Ziele nicht überschritten wird.

Der zweite Ansatz knüpft an die von *Theil* entwickelte quadratische Präferenzfunktion an, in die sowohl die Ziele als auch die Instrumente einbezogen worden sind. Deren Werte werden als Zufallsgrößen betrachtet, die sich als Funktion der exogenen Variablen und der Störglieder in den Strukturgleichungen des Systems ergeben. Der Erwartungswert der Störvariablen wird dabei mit Null angenommen (Normalverteilung). Während beim ersten Ansatz das vornehmliche Problem in der Wahl optimaler Instrumente bei vorgegebenen Zielen zu sehen ist, besteht es bei dieser zweiten Lösungsmöglichkeit in der Maximierung des Wertes der erwarteten Präferenzfunktion, d. h. vor allem in der Auswahl und Realisierung der „relativ besten“ Ziele.

Zusammenfassend betrachtet, vermittelt das Buch von Heesterman einen systematischen und abgerundeten Überblick über die verschiedenen makroökonomischen Modelltypen und die mit ihnen verbundene Problematik. Daher stellt es vor allem für Studenten, aber auch für Praktiker eine wertvolle Bereicherung der in die Methoden und Probleme ökonometrischer Modellbildung einführenden Literatur dar.

Karlheinz Kleps, Linz

*Josua Werner* und *Bernhard Külp*: Wachstumspolitik, Verteilungspolitik. Stuttgart 1971. Gustav Fischer. 240 S.

Dieses Buch, der dritte Band einer von Theodor *Pütz* herausgegebenen Lehrbuchreihe „Wirtschaftspolitik“, füllt eine Lücke in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur in hervorragender Weise. So zahlreich und umfangreich Abhandlungen zum theoretischen Aspekt des Wachstums und der Verteilung des Volkseinkommens sind, so rar sind systematische Analysen des politischen Aspektes, des wirtschaftspolitischen wie auch des politikwissenschaftlichen. *Josua Werner* und insbesondere *Bernhard Külp* übernehmen hier die dankenswerte Aufgabe, Wachstums- und Verteilungspolitik auch unter dem Aspekt der Soziologie und der Politischen Wissenschaften anzugehen. Die Darstellung selbst erfolgt in zwei getrennten Teilen; im ersten behandelt *Werner* die Wachstumspolitik und im zweiten, weit umfangreicheren Teil *Külp* die Verteilungspolitik.

*Werner* geht zunächst vom Begriff und der Messung des wirtschaftlichen Wachstums aus, um dann schließlich noch die wachstumstheoretische Basis — soweit sie für sein Problem wesentlich ist — darzulegen, wie z. B. das Harrod-Domar-Modell, den technischen Fortschritt und die neoklassische Wachstumstheorie. Bei der Abhandlung des arbeitsparenden technischen Fortschrittes schleicht sich allerdings eine kleine Unklarheit ein; denn auch bei quantitativ und qualitativ



gleichbleibender Kapitalausstattung und verbessertem Einsatz an Arbeitskräften ist das erzielte Wachstum nicht allein der Arbeit zuzuschreiben, wie der Verfasser es ausdrückt (S. 15). Ein solcher Fall ist nur bei Leontief-Produktionsfunktionen vorstellbar. Diese Anmerkung des Rezensenten sollte aber wirklich nur als kleine Randbemerkung verstanden werden, denn Werners Arbeit ist alles andere als unsorgfältig, im Gegenteil! — Im Anschluß an das theoretische Fundament werden nun die Elemente des volkswirtschaftlichen Datenkranzes im Hinblick auf mögliche wirtschaftspolitische Aktivitäten untersucht. Dies bedingt, daß zunächst die Zielsetzungen einer Wachstumspolitik umrissen werden, woran sich eine „Systematik des wachstumspolitischen Mitteleinsatzes“ anschließt. Von hier aus können sodann die wachstumspolitischen Mittel im einzelnen, von den Ansatzpunkten der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital), denen einer „Rahmenpolitik“ (Wirtschaftsverfassung, Infrastrukturpolitik) dargelegt werden. Schließlich wird noch die „Effizienz und Dosierung wachstumspolitischer Maßnahmen“ ermittelt.

*Külp* beginnt mit der Analyse von „Gegenstand und Aufgabe“ der Verteilungspolitik, wobei als Aufhänger die Lohnquote dient. Mit einigen ausgewählten statistischen Reihen können dann Probleme wie die „fallende Profitrate“, die Konstanz der Lohnquote und Tendenzen über die Lohn- und Gehaltsstruktur aufgezeigt werden. Vor diesem Hintergrund wird nun das ganze Gebäude der Verteilungspolitik aufgerollt. Zunächst sind es ihre Ziele (Egalitäts-, Mindesteinkommens-, Leistungs- und Bedarfsprinzip, ferner das Gleichheitspostulat), die *Külp* einfach und klar, doch aber sehr tieferschürfend hinsichtlich ihrer Begründungen und der sich ergebenden Zielkonflikte darlegt. Es folgen Ausführungen zu den „Mitteln der Verteilungspolitik“ (Lohn-, Finanz-, Preis-, Vermögenspolitik, bildungspolitische Mittel), für die die gleiche Anmerkung wie bei den Zielen der Verteilungspolitik anzubringen ist. Als — aus der Sicht des Rezensenten — krönender Abschluß werden die Träger der Verteilungspolitik behandelt; dies jedoch nicht in konventioneller Weise, sondern im Einklang mit soziologischen und politischen Überlegungen.

Der ganze Band stellt eine ausgewogene, sehr fruchtbare Abhandlung der Wachstums- und Verteilungspolitik dar und ist als Lehrbuch für Studierende ebenso geeignet wie als anregende Weiterführung für Ökonomen, die ihre Lehrzeit bereits hinter sich haben.

Manfred Borchert, Marburg a. d. L.

*Reinhold Henzler*: Der genossenschaftliche Grundauftrag: Förderung der Mitglieder. Gesammelte Abhandlungen und Beiträge. Frankfurt/M. 1970. Deutsche Genossenschaftskasse. 347 S.

Das Buch enthält „die wichtigsten Aufsätze und Vorträge, die den (1968 verstorbenen) Genossenschaftswissenschaftler Henzler kenn-

zeichnen“. In den 24 Beiträgen ist eine Fülle interessanter und anregender Ausführungen enthalten, sei es in den neueren oder in den älteren. Und wenn auch die verschiedenen Leser die einzelnen Beiträge für unterschiedlich interessant halten werden, grundsätzlich lesenswert sind sie alle.

So verschieden die darin behandelten genossenschaftlichen Probleme auch sind, mehr oder weniger direkter Angelpunkt der Henzlerschen Überlegungen ist immer der genossenschaftliche Grundauftrag, der „... allen Genossenschaftsleitern von der Gesamtheit der Mitglieder erteilte(r) Grundauftrag: so zu handeln, wie es auf die Dauer am besten zum Nutzen aller Genossenschaftler und ihrer Wirtschaften ge- reicht“ (S. 41).

So formuliert, ist der Grundauftrag zunächst nur eine Leerformel. Je direkter aber auf derartige Leerformeln Bezug genommen wird, um so größer ist die Gefahr, daß stillschweigend auf Werturteile zurückgegriffen wird, wie z. B. bei der Aussage: „Aus diesem Grundauftrag ergeben sich für den Genossenschaftsleiter Initiativfunktion und Leitung — auch der Mitglieder — ganz von selbst“ (S. 41), oder daß informationslose Schlußfolgerungen gezogen werden wie z. B.: „Verspricht die enge und planmäßige Kooperation von Einzel- und Zentralgenossenschaften eine größere Effizienz (= Förderung, R. E.) für die Mitglieder der Einzelgenossenschaften, dann entspricht der Verbund mehr dem genossenschaftlichen Wesensprinzip (= Förderungsprinzip, R. E.) als das isolierte Wirken von Einzel- und Zentralgenossenschaften“ (S. 285).

Da nun in keinem der Beiträge näher untersucht wurde, wie man den Grundauftrag — vielleicht auch nur teilweise — konkretisieren kann und welche Schwierigkeiten dabei zu bewältigen sind, muß man feststellen, daß die Ausführungen Henzlers um so problematischer werden, je direkter in ihnen auf den Grundauftrag Bezug genommen wird. Eine im Hinblick auf den Titel des Buches gewiß bemerkenswerte Feststellung.

Rolf Eschenburg, Münster

**Gundolf Kliemt:** Die Praxis des Betriebsverfassungsgesetzes im Dienstleistungsbereich. Aus der Sicht der Betriebsratsvorsitzenden. Tübingen 1971. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XI, 222 S.

Die Hans-Böckler-Gesellschaft, die die mit Unterstützung der Stiftung Mitbestimmung gedruckte Schrift herausgegeben hat, schreibt im Vorwort, daß die 1968 abgeschlossene Untersuchung als Fortsetzung der Projekte „Zwischenbilanz der Mitbestimmung“ (*Pothoff, Blume, Duvernell*, Tübingen 1962) und „Normen und Wirklichkeit einer Betriebsverfassung“ (*Blume*, Tübingen 1964) angesehen werden könne. Sie ist, wie die von *Blume*, im Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, Köln (früher: Institut für Selbsthilfe und Sozialforschung) durchgeführt worden und ähnelt dieser in Aufgabenstel-

lung, Anlage und Durchführung. Ihr liegen 423 Befragungen der Betriebsratsvorsitzenden von Betrieben des Dienstleistungsbereiches mit mehr als 100 Beschäftigten aus dem Bundesgebiet (ohne Berlin) zugrunde. Die Betriebsratsvorsitzenden sind anhand eines detaillierten Fragebogens je eineinviertel bis zwei Stunden interviewt worden; 410 haben einen ihnen übergebenen statistischen Fragebogen über objektive Betriebs- und Unternehmensdaten ausgefüllt zurückgeschickt.

Ein Abschnitt der Arbeit befaßt sich mit den „Statistischen Daten zum Betrieb und Betriebsrat“. Ein weiterer Abschnitt enthält „Bemerkungen zur Kategorie der Angestellten“: ein im Hinblick auf die Aufgabe der Untersuchung entbehrlich erscheinender Exkurs. Themen der folgenden sechs Abschnitte sind: Die Befragten; Einstellung zur Gewerkschaft; Informiertheit der Befragten; Freistellung von der beruflichen Tätigkeit; Betriebsklima; Grad der Ausschöpfung der Möglichkeiten, die das Betriebsverfassungsgesetz den Arbeitnehmern bietet; Beurteilung der Mitbestimmungsrechte; Der organisatorische Rahmen. Die aus den Fragebogen gewonnenen Zahlen sind nach Branchen (Einzelhandel, Großhandel, Banken, Versicherungen, Transport/Verkehr/Lagerei, Versorgungsunternehmen) untergliedert. Zu Einwendungen gegen die Befragungsmethoden gibt die Darstellung keinen Anlaß. Die Auswertung der Fragebogen erscheint sorgfältig und korrekt. Soweit der Verfasser überhaupt rechts- und sozialpolitische Schlüsse zieht, bemüht er sich um sorgsame Abstützung. Für einschlägige Detailfragen aus dem Untersuchungsbereich ist deshalb die Schrift ein zuverlässiges Nachschlagewerk, wenn auch die Aussagen lediglich der Betriebsratsvorsitzenden trotz aller Vorsicht bei der Auswertung eine etwas schmale Beurteilungsgrundlage bilden. Wer aber das Buch zusammenhängend lesen will, gerät in die Gefahr, sozusagen im Dickicht des in 174 Tabellen dargebotenen Zahlenmaterials hängenzubleiben. Am ertragsreichsten erscheinen in dieser Sicht noch die Abschnitte über die statistischen Daten und über den organisatorischen Rahmen. Enttäuscht ist der Leser nach der Lektüre von über 200 Seiten, wenn er in dem kurzen Schlußabschnitt lediglich eine gedrängte Wiedergabe der Auswertung der statistischen Daten und der Befragungsergebnisse findet. Zumindest hätte hier gesagt werden müssen, ob und wie sich die Ergebnisse von denen der *Blumeschen* Untersuchung unterscheiden, die — außer der Landwirtschaft und der Montanwirtschaft — den Dienstleistungssektor ausgeklammert hatte. Vielleicht ist indessen der Leser nur deshalb enttäuscht, weil der Titel des Buches („Die Praxis des ...“) zu anspruchsvoll ist. Im übrigen vermittelt jedoch die Arbeit viele interessante Einzelheiten, die die Kenntnis der Wirklichkeit der Betriebsverfassung zu fördern geeignet sind, wie z. B. hinsichtlich der Bedeutung und der Funktion des Wirtschaftsausschusses sowie der Rolle, die die Zahl der im Betrieb Beschäftigten und die Rechtsform des Unternehmens für die Chance spielen, das Betriebsverfassungsgesetz auszuschöpfen.

Otto Kunze, Düsseldorf

*Horst Sanmann* (Hrsg.): Zur Problematik der Sozialinvestitionen. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 144 S.

Der sozialpolitische Ausschuß des „Vereins für Socialpolitik — Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ hat sich 1968 neu konstituiert und legt je vier Referate und Diskussionsvoten (Sitzung in Berlin 1968 und Innsbruck 1969) vor. Die Auffassung der Sozialpolitik als einer „vorausschauenden, zukunftsorientierten und aktiven Sozialpolitik“, welche die „Grundlagen für die Verwirklichung individueller Lebenschancen“ schafft (Hans Peter Widmaier, S. 1, 21) und die „Sicherung der Chancengleichheit“ (Oswald v. Nell-Breuning, S. 6) verbürgt, betont ihren präventiven Charakter und verschiebt den Akzent vom Sozialleistungssystem auf eine Politik der Sozialinvestitionen. Ohne ihre Bindung an die ökonomische Theorie aufzugeben, richtet sie sich stärker an den Kollektivbedürfnissen aus und nähert sich — wie es Otto von Zwiedinek-Südenhorst klassisch formulierte — einer auf Sicherung der fortdauernden Erreichung der Gesellschaftszwecke gerichteten Politik, die freilich eine Präzisierung der Gesellschaftszwecke und Kriterien für ihre Beurteilung voraussetzt. Die vorliegenden Beiträge sind als Vorstudie dafür und für die noch ausstehende systematische Darstellung der Arten und Wirkungen von Sozialinvestitionen anzusehen.

Rochus Castner, Nürnberg

*Johannes Frerich*: Ursachen und Wirkungen der regionalen Differenzierung der privaten Spartätigkeit in Industrieländern. — Ein Beitrag zur Analyse der wirtschaftlichen Raumgestaltung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1969. Duncker & Humblot. 205 S.

Diese Schrift soll die Beziehungen zwischen privater Spartätigkeit und wirtschaftlicher Raumstruktur in Industrieländern analysieren. Einerseits gilt es, den Einfluß der wirtschaftlichen Raumstruktur auf die regionale Struktur des Sparens zu beschreiben. Andererseits soll die Wirkung der regionalen Struktur der Industrie auf die Spartätigkeit dargestellt werden.

Im ersten Teil des Buches legt Frerich zunächst die Grundlagen der Untersuchung. Hier werden Wachstums-, Struktur- und Raumkomponenten des Industrialisierungsprozesses behandelt, bevor der Verfasser die Merkmale der heutigen wirtschaftlichen Raumstruktur darstellt. Dieser z. T. historisch bzw. empirisch gehaltene Teil soll die Grundlagen der heutigen regionalen Differenzierung in der Spartätigkeit und Industriebildung erläutern. Er läßt Fragen offen. Z. B. dürfte die Industrialisierung eher ein kumulativer, durch eine Vielzahl von Faktoren bestimmter Prozeß gewesen sein. Die Darstellung Frerichs vereinfacht m. E. zu sehr.

Im zweiten Teil nimmt der Verfasser zum Einfluß der industriellen Regionalgliederung auf die Raumstruktur der Ersparnisbildung Stellung, indem er im ersten Abschnitt die regionale Differenzierung der

Altersstruktur als wesentlichen Bestimmungsfaktor der regionalen Sparstruktur analysiert. Er geht davon aus, daß in den ausgesprochenen Industriezonen ein erheblich höheres Pro-Kopf-Einkommen sowie eine günstigere Altersstruktur im Vergleich zu den sogenannten Agrar-zonen existiert. Da sich die Spartätigkeit wiederum nach der Einkommenshöhe richtet, ergibt dies absolut und relativ eine entsprechende Differenzierung der privaten Spartätigkeit. Dies gilt allerdings nicht unbedingt für die einzelnen Sparformen, z. B. für das Kontensparen. Die Richtigkeit dieser Thesen wird anhand von vielen statistischen Untersuchungen, die mit vielen Tabellen belegt sind, überprüft.

Der dritte Teil gilt umgekehrt dem Einfluß der Raumstruktur der Ersparnisbildung auf die industrielle Raumgestaltung. Frerich geht hier davon aus, daß die Investitionstätigkeit jedes industrielle Wachstum bedingt. Es gelte daher, „den Bestimmungsgründen der Investitionstätigkeit die Strukturelemente des regional differenzierten Sparens zuzuordnen“ (S. 82). Nach einer kurzen Erörterung der Bestimmungsgründe der Investitionstätigkeit überhaupt behandelt der Verfasser dann ausführlich die Beziehungen zwischen Sparprozeß und Investitionstätigkeit. Hier wird zunächst gefolgert, daß in den Räumen am meisten investiert wird, in denen am meisten gespart wird und umgekehrt. Diese Tendenz wird, wie Frerich alsdann anhand detaillierter Untersuchungen feststellt, nicht etwa durch die hohe räumliche Mobilität des Sparkapitals gehemmt, sondern gefördert.

Im Anschluß an diese Erörterungen versucht der Verfasser, die regionale Gliederung des volkswirtschaftlichen Sparprozesses in die Modelle des industriellen Wachstums einzubeziehen. Hierbei wird bestätigt, daß das industrielle Wachstum um so mehr zunimmt, je differenzierter die interregionale Sparstruktur ist und je stärker das Sparkapital von den Agrarzonen zu den Industriezonen wandert.

Das in der Art der Analyse wie auch in seinen Ergebnissen außerordentlich instruktive Buch wird durch einen großen Tabellenanhang wie auch durch erschöpfende Literaturangaben in den Fußnoten und im Anhang bereichert.

Hans Kasten, Frankfurt/M.

*Jürgen Dietrich Siepmann*: Die Standortfrage bei Kreditinstituten — Eine Analyse der Standortfaktoren, Standortstruktur und Standortpolitik des westdeutschen Bankensystems. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 377 S.

Seit 1958 die Bedürfnisprüfung für Zweigstellen von Kreditinstituten aufgehoben wurde, haben diese auf den so gegebenen freien Marktzugang mit einer Expansion ihrer Zweigstellennetze von mehr als 130 % (bis 1970) reagiert. Damit hat die Zweigstellenpenetration zu einer Dichte von inzwischen ca. 1 500 Einwohnern pro Bankstelle geführt, so daß die Grenzen der räumlichen Expansion — auch im europäischen Vergleichsrahmen — sichtbar werden. Vor diesem Hinter-

grund wird verständlich, daß die Untersuchung von Siepman zur Standortfrage bei Kreditinstituten unter gesamtwirtschaftlichem und unter einzelwirtschaftlichem Aspekt erhebliche Beachtung gefunden hat.

Im ersten Teil seiner Arbeit gibt der Verfasser eine detaillierte Analyse der generellen Standortfaktoren, angefangen von den Potentialfaktoren (z. B. Arbeitskräfte) über institutionelle (z. B. Mindestreservedifferenzierungen der Bundesbank nach Größenklassen) bis hin zu den Marktfaktoren unter Berücksichtigung der Konkurrenzverhältnisse. Dieser grundlegende Teil ist mit einer Vielzahl gruppenspezifischer Statistiken angereichert. Die allgemeine Betrachtung wird dann im zweiten Teil hinkonzentriert auf die Politik der Standortwahl in Großstädten; er bildet insofern eine Veranschaulichung der im ersten Teil behandelten generellen Standortfaktoren, gleichzeitig aber auch eine Überleitung zum dritten (umfangreichsten) Teil, in dem die Niederlassungspolitik der verschiedenen Bankengruppen präsentiert wird. Die hier enthaltenen Ergebnisse werden wiederum auf der Basis umfangreicher und mit Sorgfalt aufbereiteter statistischer Erhebungen über die geographische Verteilung der Zweigstellen von Großbanken, Sparkassen, Kreditgenossenschaften und anderen Gruppen erarbeitet. In diesem Zusammenhang wird mit Recht die Interdependenz standort- und sortimentspolitischer Erwägungen hervorgehoben. Den von Siepman herausgestellten Prestigeüberlegungen (S. 106) dürfte dagegen — ausländischen Beispielen etwa in Großbritannien folgend — zukünftig auch in der BRD weniger Bedeutung beizulegen sein. — Der vierte Teil enthält das einzelwirtschaftliche Problem der Auswahl eines optimalen Zweigstellenstandorts, zu dessen Bewältigung vor allem die amerikanische Literatur in der Vergangenheit Beiträge geleistet hat. Entsprechende Rentabilitätskalküle werden für unterschiedliche Einzugsbereiche (Großstadt, flaches Land) vorgestellt. Dabei wird die Diskrepanz zwischen den theoretischen Anforderungen und praktischen Möglichkeiten in der Informationsbeschaffung wohl gesehen, im Hinblick auf praktikable Vorschläge aber auch nicht überbrückt. — Im fünften Teil geht es um mögliche Einschränkungen der Zweigstellenexpansion durch staatliche und durch die Bankenverbände gesetzte Daten, Regelungen, die in der BRD inzwischen weitgehend überwunden sind, in den Vereinigten Staaten aber noch erhebliche Bedeutung besitzen. Diese Betrachtungen sind im Zusammenhang zu sehen mit der im sechsten Teil behandelten Frage nach möglichen Fehlbesetzungen mit Zweigstellen, die auch von der Position einer volkswirtschaftlich optimalen Allokation knapper Ressourcen her, gestellt wird. Bei der Vielschichtigkeit dieses Problems begibt sich der Verfasser zwangsläufig in Widerspruch nicht nur zur einzelwirtschaftlichen Geschäftspolitik der Kreditinstitute, sondern auch zu der gegenwärtig in der BRD verfolgten Wettbewerbspolitik.

Zusammenfassend ist zu der Arbeit von Siepman zu sagen, daß sie den in dieser Form ersten und umfassenden Versuch darstellt, das Standortproblem der Kreditinstitute von allen Seiten zu beleuchten.

Sie enthält eine solche Fülle von Informationen, daß dem Leser die Aussonderung der ihn interessierenden häufig schwerfällt; gleichzeitig ist damit aber auch die Anregung zur Weiterarbeit auf vielen Einzelgebieten gegeben. Obwohl vom statistischen Material her inzwischen nicht mehr aktuell, wird der wissenschaftlich oder praktisch mit absetzwirtschaftlichen Fragen der Kreditinstitute Beschäftigte an der Arbeit von Siepmann auch zukünftig nicht vorbeigehen können.

Joachim Süchting, Bochum

*Werner Voß: Die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China — Darstellung und Prognose. Eine statistische Untersuchung. Freiburg i. Br. 1971. Rudolf Haufe. VII, 281 S.*

Es gehört großer Mut dazu, und der Verfasser empfindet es selbst als Wagnis (S. 231), dreizehn Jahre nach Einstellung aller statistischen Informationen aus der Volksrepublik China eine statistische Untersuchung und gar Prognose über die chinesische Wirtschaftsentwicklung vorzulegen. Der an der Wirtschaft Chinas interessierte Leser wird daher dieses Buch mit größtem Interesse zur Hand nehmen. Er wird aber gut daran tun, wenn er die vom Autor ausdrücklich vorgenommenen Einschränkungen bei jedem Schritt seiner Lektüre beherrzt. Der Autor will nichts anderes, als „ausgehend von der gegenwärtigen Situation“ die Entwicklungsmöglichkeiten darlegen, ohne sich dabei um die Entwicklungspolitik und -planung zu kümmern oder gar ein Entwicklungsprogramm zu entwerfen (S. 2). Bei der Erarbeitung der Prognose selbst wird der Leser mehrfach darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse nur so lange gelten, wie „die geschätzten Beziehungen (innerhalb des vom Autor entwickelten Gleichungssystems; B. G.) auch in Zukunft Gültigkeit haben“ (S. 196), und daß man sich „auf die quantifizierbaren Größen beschränken“ mußte (S. 232).

Im ersten Teil wird auf 50 Seiten in lesbarer und übersichtlicher Form die wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China dargestellt. Die Darstellung mündet in eine kurze Diskussion der Wahlmöglichkeiten von Entwicklungsstrategien ein, die durch eine Sachlichkeit besticht, derer heute viele von ideologischer Begeisterung umnebelte Autoren kaum noch fähig sind. Es wird sodann festgestellt, daß „Maßnahmen, wie z. B. der ‚Große Sprung‘ oder die ‚Kulturrevolution‘ . . . mehr oder weniger das wirtschaftliche Wachstum behindert (haben)“ und daß ohne solche ideologisch bedingte Aktionen „die Ausgangssituation für die zukünftige Entwicklung wesentlich günstiger geworden wäre“ (S. 47 f.).

Wenn der Autor in diesem Zusammenhang jedoch auf einige die chinesische Entwicklung begünstigende Faktoren hinweist, so muß man fragen, ob ihm die chinesische Szenerie vertraut genug ist. So ist

es zwar richtig, daß die Kommunistische Partei es verstanden hat, „ein umfassendes Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln, welches mithalf, schwierige Probleme zu lösen und gewaltige Aufgaben zu bewältigen“ (S. 49). Aber die chinesische Führung hat nicht zuletzt durch jene ideologisch bedingten Kampagnen versucht, dieses Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen und zu festigen. Wenn die jeweilige Wirkung auf die Wirtschaft deshalb auch negativ gewesen sein mag, so bleibt dennoch zu fragen, wie der Einfluß jener Bewegungen auf die wirtschaftliche Entwicklung langfristig aussehen wird.

Mit der Feststellung: „Die chinesische Bevölkerung war es seit Jahrhunderten gewohnt, hart und unter Entbehrungen zu arbeiten“ und daß diese Tatsache „der wirtschaftlichen Entwicklung nach 1949 zugute“ kam (S. 48 f.), folgt der Verfasser einem Klischee, das bei anderen Autoren zu dem geschmacklosen und aus Überheblichkeit gespeisten Bild der „blauen Ameisen“ geführt hat. Wer einmal die aus Entbehrungen geborenen Aufstände im Laufe der chinesischen Geschichte näher untersucht hat, wird sich hüten, jene als wachstumsfördernde Elemente in sein Kalkül einzubeziehen.

Im zweiten Teil seiner Arbeit entwickelt der Autor sein Gleichungssystem und beweist vor allem, daß ihm das Handwerkszeug der modernen Statistik und der Ökonometrie vertraut ist. Die bei der Festlegung seiner Parameter vorgetragenen Annahmen überzeugen jedoch nicht in jedem Falle. Wenn der Autor beispielsweise die Zahl der Hochschulabsolventen zu einem Maßstab des technischen Fortschritts macht, so muß angesichts der Schließung der Hochschulen in der Kulturrevolution oder der Entsendung der Hochschulabsolventen in unproduktive Beschäftigungsbereiche — Vorgänge, die vor Abschluß der Arbeit erkennbar waren — deutlicher nach dem Wert dieses Maßstabes gefragt werden. Auch dem Rückgriff auf deutsche Zahlen der Jahre 1850-1910 zur Berechnung des im Agrarsektor verbleibenden Anteils der Agrarproduktion kann man nicht ohne weiteres folgen. Einerseits dürfte diese Zahl wohl nicht ausschließlich „aus den naturbedingten landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen“ zu erklären sein, sondern auch nicht unwesentlich von den Marktverhältnissen abhängen, die sicherlich in Deutschland und China unterschiedlich sind. Zum anderen hat der Autor nicht deutlich gemacht, ob er die umfangreichen Untersuchungen John Lossing *Bucks* oder des Nan-kai Forschungsinstituts aus den dreißiger Jahren hinreichend konsultiert hat.

Man mag sich damit begnügen, daß der Autor ja nicht den Anspruch erhebt, das jeweils gültige Bild der chinesischen Wirtschaftsentwicklung zu zeichnen, in welchem gerade unter dem Einfluß der Gedanken Mao Tse-tungs nicht-quantifizierbare Elemente von der Dezentralisierungsbewegung bis zum „Geist von Ta-chai“ eine Rolle spielen, die den Trend immer wieder in eine andere Richtung leiten können. Man wird daher ein endgültiges Urteil über dieses Werk erst



dann geben können, wenn der vom Verfasser gesetzte Prognosehorizont vom Zeitablauf eingeholt sein wird.

Immerhin muß man dem Autor bescheinigen, daß er seine schwierige Aufgabe mit mehr Verantwortung angepackt hat, als wir dies von anderen Prognosen her gewohnt sind, die mit sensationellen Formeln um eine weit verbreitete Popularität buhlten.

Bernhard Großmann, Hamburg

*Paul Harff: Der Beitrag nationaler Handelsflotten zur wirtschaftlichen Entwicklung der lateinamerikanischen Länder. Göttingen 1970. O. Schwartz & Co. 236 S.*

Eine Untersuchung über den ökonomischen Nutzen einer Schiffahrtspolitik in den Entwicklungsländern, die auf den schnellen Auf- und Ausbau eigener Handelsflotten gerichtet ist, müßte vor allem zwei Fragen zu beantworten suchen: 1. Wie verhalten sich die Schiffahrtsinvestitionen zu anderen Kapitalverwendungsrichtungen in diesen Ländern (m. a. W. wie hoch sind ihre opportunity costs)? 2. Welche Zweige der Seeschifffahrt kommen für eine Beteiligung vornehmlich in Betracht? Ferner müßte das Autarkie- bzw. Protektionismusproblem beachtet werden, das mit der „flaggendiskriminierenden“ Sicherung von Ladung zur Kapazitätsauslastung auch bei eingeschränkter Wettbewerbsfähigkeit sowie mit den häufig gezahlten Subventionen verbunden ist.

Diese Fragestellungen verfolgt die vorliegende Arbeit bewußt nur zum Teil. Sie nimmt das Ziel eines Flottenaufbaus, ähnlich wie die UNCTAD oder die CEPAL, als gegeben hin und prüft lediglich die bei seiner Realisierung bestehenden Möglichkeiten zur Förderung der nationalen Volkswirtschaften. Insofern handelt es sich um eine Partialanalyse, die weder die Frage einer volkswirtschaftlich optimalen Allokation noch die Perspektiven einer tragfähigen weltwirtschaftlichen Schiffahrtsordnung berücksichtigt. Dagegen bezieht der Verfasser die sehr wichtige Alternative „Schiffs- oder Hafeninvestitionen“ ausführlich in seine Analyse ein.

Für die Schiffahrt im engeren Sinne werden Förderungsmöglichkeiten wie Einwirkung auf den Außenhandel, die Frachtratenhöhe und ihre Stetigkeit, Monopolsituationen in der Schiffahrt sowie vor allem die Zahlungsbilanz geprüft. Trotz Einschluß zahlreicher statistischer Materialien sind die Aussagen weitgehend hypothetischer Natur. Die Frage nach der *realen* Bedeutung erwähnter möglicher „Beitragswirkungen“ bleibt vielfach offen. Gegenargumente, die mindestens den gleichen Plausibilitätsgrad beanspruchen könnten, ließen sich auf der gleichen Ebene der Abstraktion häufig finden.

Teilweise muß bezweifelt werden, ob die „Einwirkungsmöglichkeiten“ realistisch sind; im wesentlichen scheint die Analyse den zur Mo-

tivation der — umstrittenen — Schifffahrtspolitik oft vorgetragenen, aber bislang nicht hinreichend bewiesenen Behauptungen der lateinamerikanischen (und anderer) Entwicklungsländer zu folgen. In der Kritik des Verfassers kommt insbesondere die Gefahr einer Verselbständigung unkoordinierter Teilziele in der lateinamerikanischen Schifffahrtspolitik, denen eine gesamtwirtschaftliche Bezugsbasis fehlt, nicht deutlich genug zum Ausdruck; daß komparative Vorteile eine solche Basis bilden könnten, wird mit zu pauschalen Argumenten zurückgewiesen.

Eindeutigere, z. T. mikroökonomisch zu fundierende Aussagen über die wirkliche Bedeutung der untersuchten Möglichkeiten dürften wohl durch Materialschwierigkeiten stark behindert werden. Immerhin ist zu erkennen, daß die bestehenden Vorstellungen über den ökonomischen Nutzen nationaler Flotten nicht selten übertrieben sind (z. B. hinsichtlich der Nettodevisenerträge). Mit Recht weist der Verfasser (dieser Abschnitt und die Darlegungen über die Zahlungsbilanzwirkungen sind am konkretesten) vor allem auf die unzureichenden Hafenverhältnisse in Lateinamerika hin, deren Verbesserung die Seetransportkosten wahrscheinlich stärker als ein Flottenausbau beeinflussen kann.

Ein wenigstens theoretisches Abwägen der möglichen „Beiträge“ wäre dennoch wünschenswert gewesen, auch im Lichte der oben erwähnten Fragestellungen. Insgesamt macht die Harffsche Untersuchung, in deren Literaturverzeichnis einige einschlägige Veröffentlichungen (z. B. von *Stuchtey*) fehlen, deutlich, daß zur Gewinnung wirtschaftspolitischer Entscheidungshilfen vertiefte und begrenzte Einzelstudien nötig sind. Für die dabei erforderliche Detailarbeit liefert sie ein gedankliches Raster.

Hans Böhme, Kiel

*Wolfgang Reisener*: Staatliche Regulierung der Linienschifffahrt in den USA. Hamburg 1969. Weltarchiv GmbH. 122 S.

Mit dem Public Law No. 87-346 von 1961, dem sog. Bonner Act, wurden die schifffahrtspolitischen Grundsätze der USA neu gefaßt und wesentlich verschärft. Seither bemüht sich die mit diesem Gesetz geschaffene, an die Stelle früherer Behörden getretene Federal Maritime Commission (FMC) intensiv um eine umfassende Regulierung der Linienschifffahrt im Verkehr auf die USA. Ihre Tätigkeit brachte sie häufig in Konflikt mit betroffenen Reedereien bzw. ihren Konferenzen, aber auch mit Regierungen anderer Staaten. Die vorliegende Analyse der amerikanischen Schifffahrtspolitik ist besonders wichtig, weil diese zum Vorbild für zahlreiche andere Staaten geworden ist, insbesondere für viele Entwicklungsländer. In jüngster Zeit hat sie auch für die Bundesrepublik an Bedeutung und Aktualität dadurch gewonnen, daß das Bundeskartellamt ebenfalls eine verstärkte Kontrolle der Linienschifffahrt anzustreben scheint.

Objekt der amerikanischen Regulierung sind die Konferenzen als spezifische Organisationsform des Linienverkehrs; obgleich Kartellzusammenschlüsse, waren sie zuvor (mit guten Gründen) von den Bestimmungen der Anti-Trust-Gesetze der USA ausgenommen. Mit dem Bonner Act versuchte man, hier durchgreifenden Wandel zu schaffen. Ausgehend von einer Darstellung der historischen Entwicklung der US-amerikanischen Schifffahrtspolitik, die auf den Shipping Act von 1916 zurückgeht, führt der Verfasser — in zwei Hauptteilen, die sich mit Konzeption und Durchführung beschäftigen — dem Leser die Problematik der neuerlichen Einflußnahme klar vor Augen. Sie hat den schon länger bestehenden prinzipiellen Zwiespalt der schifffahrtspolitischen Zielsetzungen zwischen Wettbewerbsideologie und Förderung der amerikanischen Schifffahrt noch verstärkt, der für die oft widersprüchlichen Entscheidungen der FMC ursächlich ist. Der Verfasser betont zu Recht diese vielfach schwankende Haltung der FMC, die einerseits aus Wettbewerbsgründen die Auflösung von Linienkonferenzen anstrebt, andererseits aber z. B. insbesondere im Verkehr mit lateinamerikanischen Ländern eine Politik bilateraler staatlicher Ladungsreservierung in ganz oder teilweise geschlossenen Linienmärkten billigt.

Das am meisten interessierende Problem des Bonner Act liegt allerdings darin, daß eine US-Behörde nationales Anti-Trust-Recht auf die Schifffahrt dritter Staaten anzuwenden versucht. Reisener hat die außerordentlich komplizierte, teilweise auch bedenkliche ökonomische und rechtliche Situation klar herausgestellt, die durch den Versuch entsteht, einen international ausgerichteten Wirtschaftszweig, der eine Vielzahl nationaler Rechtssphären berührt, ohne Sanktionierungsmöglichkeiten zu regulieren. Ein solches letztlich binnenwirtschaftlich, vorwiegend von Wettbewerbsaspekten bestimmtes Herangehen läßt zudem gerade die spezifische Funktion der Konferenzen als Instrument eines kommerziellen Ausgleichs auch unterschiedlicher nationaler Auffassungen außer acht.

Die amerikanische Politik steht aber auch nicht auf einem sachlich ausreichend gesicherten Boden, wie die Ergebnisse vieler einschlägiger Untersuchungen der Linienfahrt zeigen. Die ökonomische Fragwürdigkeit mancher Regulierungsversuche wird z. B. an der Behandlung der sog. Ratendisparitäten im einkommenden und ausgehenden Verkehr bestimmter Fahrtgebiete sichtbar, bei der offenbar politische Motive im Vordergrund stehen.

Die Konzentration der Linienfahrt nimmt infolge der Containerisierung zu. Daher wird das Streben nach öffentlicher Kontrolle eher noch stärker werden und die Bedeutung einer haltbaren Lösung der zutage tretenden Probleme wachsen. Die von berechtigter Skepsis gegenüber der amerikanischen Schifffahrtspolitik geprägten Schlußfolgerungen des Verfassers, daß es für sinnvolle und sachgerechte Maßnahmen entweder einer potenten internationalen Instanz mit Regulierungsfragen oder aber einer allgemein verpflichtenden Zielsetzung für nationale Politi-

ken auf diesem Feld bedürfe, muß man nachdrücklich unterstreichen. Wie man zu den Konferenzen stehen mag: Wer immer versucht, den bisherigen Mechanismus der Selbstregulierung durch eine öffentliche Beeinflussung ihrer Funktionsbedingungen zu ersetzen, sollte sich über die damit aufgeworfenen schwierigen Probleme voll im klaren sein. Das amerikanische Beispiel muß in vieler Hinsicht schrecken, vor allem wenn es Schule macht (Reiseners „Vision“: 60 nationale „FMC’s“ ohne Koordination von Zielen und Methoden!). Eine „Regulierung“, die nicht effektiv werden kann, weil ihr die institutionellen Voraussetzungen fehlen, ist ungläubwürdig und schlechter als keine; sie löst die unzweifelhaft bestehenden Probleme nicht, aber sie stiftet Unruhe und schafft neue Schwierigkeiten. Die Flucht in den Bilateralismus sollte ebensowenig als wünschbare Alternative gelten.

Hans Böhme, Kiel

*John-ren Chen: Der Weltbaumwollmarkt. Ein ökonometrisches Modell.* Berlin 1970. Duncker & Humblot. 170 S.

Abgeschlossene Märkte bieten schon bei relativ geringem Datenmaterial die Möglichkeit, mit Hilfe statistischer Methoden Marktmodelle zu überprüfen und deren Parameter zu schätzen. Einen solchen Versuch unternimmt John-ren Chen in seiner, nun als Buch vorliegenden, Dissertation: „Der Weltbaumwollmarkt. Ein ökonometrisches Modell.“

Das Buch gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil werden nach der Einleitung die Daten, die im zweiten Teil statistisch ausgewertet werden, vorgestellt und kommentiert. Diese Kommentierung der Daten, die sämtlich aus dem vom International Cotton Advisory Committee herausgegebenen „Cotton-World Statistics-Quarterly Bulletin“ stammen, erleichtert im zweiten Teil die Aufstellung der Modellgleichungen; es werden nämlich daraus Kriterien abgeleitet, welche Größen in die einzelnen Gleichungen eingehen. Danach wird zum Teil sehr ausführlich und äußerst informativ die Agrarpolitik (soweit sie die Baumwolle mittelbar oder unmittelbar betrifft) der wichtigsten Exportländer (USA, Mexiko, Brasilien, Ägypten, Sudan und Peru) dargestellt.

Der zweite Teil, der das im Titel versprochene ökonometrische Modell enthält, beginnt mit der Aufstellung von sechs Definitionsgleichungen und der Erklärung einiger der im folgenden benutzten Begriffe. Bei den daran anschließenden Überlegungen zur Modellkonstruktion insbesondere bei der Aufstellung der Außennachfragefunktion, der Binnennachfragefunktion, der Gesamtangebotsfunktion und der Außenangebotsfunktion zeigt sich die Nützlichkeit des Abkürzungsverzeichnisses auf Seite 8. Ohne dieses Verzeichnis (nur vom Begleittext aus) sind diese Gleichungen nicht zu verstehen.

In Kapitel 9 stellt Chen die Strukturgleichungen des Modells auf. Ohne Diskussion werden dabei die in den allgemeinen Überlegungen zur Modellkonstruktion angegebenen Funktionen als linear angenommen. Die Kriterien, nach welchen die Variablen ausgesucht werden, die in die 31 Gleichungen eingehen, sind folgende: Nach der statistischen Auswertung der Daten zeigt sich: 1. Die Parameter haben das nach theoretischen Überlegungen zu erwartende Vorzeichen. 2. Mit diesen Variablen wird der höchste Multikorrelationskoeffizient erreicht. 3. Die Regressionsparameter sind mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% von Null verschieden. Leider sind die Kriterien 2 und 3 anhand des im Buch aufgeführten Zahlenmaterials nicht nachzuprüfen.

Überlegungen zur Interdependenz bzw. Identifizierbarkeit des Modells werden in den folgenden Kapiteln angestellt. Danach gibt Chen die Ergebnisse der Kleinst-Quadrat-Schätzung an und diskutiert sie ausführlich, zum Teil wird auch nochmals auf die Aufstellung der Strukturgleichungen eingegangen (vgl. Kap. 9).

Ein Abschnitt über die verschiedenen Schätzmethoden und eine Betrachtung zur Ermittlung eines rekursiven Modells beschließen das Buch.

Die sehr interessante Abhandlung leidet unter den mangelnden Sprachkenntnissen des Autors. Die unglücklichen und zum Teil nur schwer verständlichen Formulierungen könnten zunächst bei oberflächlichem Lesen den Eindruck erwecken, daß der Autor insbesondere mit den statistischen Verfahren, die er angewandt hat, nicht sehr vertraut ist (dieser Eindruck verwischt sich bei genauerem Lesen). Es ist unmöglich, hier auf alle diese Stellen einzugehen; einige seien aber zitiert: „Die Korrelationskoeffizienten ... liegen zwischen den USA, Mexiko, Brasilien und Pakistan“ (S. 41). Es wird behauptet (S. 81 bzw. 157), daß die Korrelationskoeffizienten zwischen 0,5 und 0,7 „gerade noch statistisch signifikant“ sind. Der Autor spricht von nicht-abweichenden Schätzern (S. 100), wenn er offenbar erwartungstreue Schätzer meint; oder er spricht von dreieckigen Determinanten (S. 105) usw. Nicht sehr überzeugend ist Kapitel 13, vor allen Dingen die Begründung, warum er die Hauptkomponentenmethode (die übrigens nicht erst 1960 vorgeschlagen wurde) ablehnt.

Es wäre interessant zu untersuchen, welche Ergebnisse die Methoden der Faktorenanalyse (nicht notwendig nur der Hauptkomponentenanalyse) liefern; dem steht allerdings (in der vorliegenden Arbeit) ein Hindernis im Wege: Der Beobachtungszeitraum ist etwas zu kurz.

Es ist dem Buch zu wünschen, daß in einer Neuauflage die vielen sprachlichen und sachlichen Ungenauigkeiten eliminiert und einige Teile etwas knapper formuliert werden (zum Teil werden ganze Abschnitte wörtlich wiederholt). Aber auch in seiner jetzigen Form kann es einem Leser, der etwas Mühe nicht scheut, wertvolle und interessante Erkenntnisse vermitteln.

Ortwin Emrich, Augsburg

*Erwin Anderheggen u. a.*: Mineralische Rohstoffwirtschaft. Planung und Perspektiven. Bonn-Bad Godesberg 1971. Neue Gesellschaft GmbH. 148 S.

Es handelt sich hier um die Publizierung der Vorträge auf einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23./24. 11. 1970 veranstalteten Tagung in Leverkusen. Neben allgemeinen wie wirtschafts- und sozialpolitischen Themen auf diesem Sektor (A. Nau, E. Anderheggen, K.-D. Arndt, U. Lantzke, P. H. Frankel, Adolf Schmidt) wurden auch die einzelnen mineralischen Rohstoffgebiete erörtert: Kohle (W. Bellingrodt), Erdöl (E. Schubert), Erdgas (K. Liesen), Uran (H. Michaelis, P. Jelinek-Fink), Eisen (G. Glatzel), NE-Metalle (D. Ernst), Rohstoffe für die chemische Industrie (F.-A. Prentzel). Auch die speziellen Techniken zur Rohstofferschließung auf dem Festland und im Meer wurden angesprochen (I. Späing). Man erhält einen gedrängten, jedoch nützlichen Überblick über die derzeitige Situation und über die zukünftigen Vorstellungen. Der Hauptmangel besteht darin, daß in keinem einzigen Fall die zugrunde liegende (und sicherlich weit verstreute) Literatur bzw. Quellen genannt werden. Dadurch ist der Wert für den fachlich interessierten Leser stark vermindert.

Interessant ist, wie selbst von in bestimmter politischer Weise gebundenen Sprechern und Gewerkschaftsvertretern unerwartet und überraschend erkannt worden ist, daß eine antinationale (= anti-patriotische) Regierung eben keine langfristige Planung der Rohstoffwirtschaft betreibt (Sicherheitsdenken liegt außerhalb eines Strebens nach Autarkie, die ohnehin nur bei den USA, der Sowjetunion und China realisierbar ist). Im übrigen ging aus allen Vorträgen (meist unausgesprochen) die Rohstoffmisere hervor, in die Rumpfdeutschland nach zwei Weltkriegen geraten ist. Günstige politische Perspektiven für die Zukunft wurden jedoch nicht erwähnt.

Außer zwei irreführenden Behauptungen (Verharmlosung der Bleiverseuchung [S. 42 f.] und der radioaktiven Strahlung [S. 142], als ob diese beiden Redner noch nie etwas vom Anstieg der Herz- und Kreislauferkrankungen bzw. der genetischen Gefahren gehört hätten) ist das grundsätzliche Problem der Umweltschädigung durch industrielle Produktionen in dem hier behandelten Themenbereich überhaupt nicht behandelt worden. Das ist für eine Tagung, die sich mit langfristigen Planungen und Perspektiven beschäftigen wollte, eine Unterlassungssünde, von der auch der Veranstalter nicht freigesprochen werden kann.

Hans-Eberhard Heyke, Eßlingen

*Robert H. Haveman*: The Economics of the Public Sector. New York 1970. John Wiley & Sons, Inc. 225 S.

Die Zielsetzung des Buches von Havemann besteht darin, den interessierten Laien und Ökonomiestudenten in den ersten Semestern didaktisch geschickt in ein ihm fremdes Gebiet einzuweisen. Wie sehr sich der Autor bemüht, dieser Aufgabenstellung gerecht zu werden,

zeigen Auswahl, Gewichtung und Aufbau des Lehrstoffes seiner Einführung in die Staatswirtschaftslehre (Finanzwissenschaft), die in der Rezension daher auch im Vordergrund stehen sollen. Als „Einstieg“ wählt er eine Analyse der wirtschaftlichen Aktivitäten des privaten und öffentlichen Sektors und verbindet sie mit der aktuellen, den Leser motivierenden Frage nach dem wünschenswerten Umfang der beiden Bereiche eines gemischtwirtschaftlichen Systems. Nach Havemann kann die „richtige“ Allokation der Ressourcen zwischen Staats- und Privatwirtschaft nur politisch erfolgen; die in diesem Zusammenhang für die Finanzwissenschaftler verbleibende Aufgabe besteht seiner Meinung nach darin, die Korrektur- und/oder Ergänzungsbedürftigkeit der Verbraucherentscheidungen zu untersuchen (S. 12 f.). Folgerichtig wird im zweiten und dritten Kapitel die Funktionsweise des marktwirtschaftlichen Systems analysiert und gezeigt, wie sich aus Effizienzüberlegungen (dem Marktversagen) — wie sie übrigens in ähnlicher Weise auch von *Musgrave* angestellt werden — und politischen Umverteilungsabsichten der staatliche Eingriff rechtfertigen läßt. Hinsichtlich der Stabilisierungsfunktion der öffentlichen Hand beschränkt sich der Autor zunächst auf den Hinweis auf einen anderen Band derselben Schriftenreihe.

Im vierten Kapitel werden die theoretisch-formalen Grundlagen erarbeitet, die zur Beurteilung finanzpolitischer Entscheidungen aus der Sicht des Autors erforderlich sind. Formal deshalb, weil Havemann mit dem Konzept der Wohlfahrts- bzw. Nutzenmaximierung arbeitet, das empirisch bisher kaum ausfüllbar erscheint, so daß angezweifelt werden muß, ob mit wohlfahrtstheoretischen Verhaltensmaximen (z. B. derart, daß der Umfang der staatlichen Aktivität so lange auszudehnen ist, bis der Grenznutzen der öffentlichen dem Grenznutzen der privaten Bedürfnisbefriedigung entspricht) Finanzpolitik betrieben werden kann. Dieser Zweifel besteht auch dann noch fort, wenn Havemann im fünften Kapitel detailliert die Wirkungen der Besteuerung auf Umfang, Struktur und Verteilung des Sozialproduktes diskutiert und den Zuführungseffekten der öffentlichen Leistungsentgelte und Transfers gegenüberstellt. („In this chapter flesh was attached to the barebones of analytical framework presented in chapter 4“. S. 86.)

In Kapitel sechs bis Kapitel neun (S. 89-192) geht die „world of concepts“ über in die „world of facts“ (S. 13). Nach Darstellung und Kritik des Haushaltskreislaufs wird eine kurze Analyse der Verteilungswirkungen der öffentlichen Einnahmen („who pays the taxes?“) und Ausgaben („who gets the benefits of the expenditures?“) vorgenommen, die sich allerdings in erster Linie auf die von *Gillespie* für USA und Kanada durchgeführten Untersuchungen stützt. Traditioneller Lehrstoff wird auch in den Kapiteln sieben bis neun abgehandelt: Einer „allgemeinen Steuerlehre“ für die Bundessteuern folgt ein ausführlicher Abschnitt über die Ausgaben, für den auch die Einschränkung gilt, daß Havemann sich nur auf die wirtschaftliche Ak-

tivität des Bundesstaates bezieht. Dort werden verschiedene Beiträge zur Erklärung des staatswirtschaftlichen Handelns berücksichtigt und die cost-benefit-Analyse und das Programmbudget auf ihren Beitrag zu einer zielgerechten Entscheidung im öffentlichen Sektor geprüft. Etwas unverbunden folgt noch eine knappe Diskussion der staatlichen Gebührenpolitik als Instrument einer besseren Allokation, dem der Autor eine große Bedeutung für die Zukunft beimißt. Ein Kapitel über die öffentliche Verschuldung beschließt den Teil über den Haushalt. Der letzte Abschnitt des Lehrbuches ist aktuellen Fragen der amerikanischen Finanzpolitik („negative income taxation“, „tax credits“ und dem Problem der Ausgabenprioritäten) gewidmet.

Die von Haveman in seinem Lehrbuch vorgenommene Auswahl, Gewichtung und Gliederung gibt Anregungen für den Lehrenden, der die Grundveranstaltung in Finanzwissenschaft bisher anders aufgebaut hat. Ist die Vollständigkeit im Vergleich mit dem traditionellen Stoff finanzwissenschaftlicher Lehrbücher Beurteilungskriterium des Buches, so kann man Haveman „Mut zur Lücke“ bestätigen bzw. muß ihm vorwerfen, daß für Ausführungen zur konjunktur- und wachstumsorientierten Finanzpolitik, zu finanzpolitischen Problemen eines föderativen Bundesstaates sowie zur internationalen Finanzpolitik andere Bücher herangezogen werden müssen. Wird das Lehrbuch gemessen an dem ihm gesetzten Ziel, so wird man dem Autor bescheidenen können, daß er ein didaktisch gut aufgebautes, verständliches Buch geschrieben hat.

Klaus-Dirk Henke, Marburg (Lahn)

*Herbert Timm und Heinz Haller* (Hrsg.): Beiträge zur Theorie der öffentlichen Ausgaben. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 344 S.

Der Band faßt zehn Beiträge zusammen, die der Ausschuß für Finanzwissenschaft des Vereins für Socialpolitik in mehreren Sitzungen behandelte. Schwerpunkte sind einmal die Bestimmungsgründe für öffentliche Ausgaben bzw. Leistungen (*Hedtkamp, Pahlke, Andrae*), zum anderen Wirkungsanalysen (*Weber, Littmann*) und schließlich eine Diskussion über die Rolle der öffentlichen Ausgaben in der Marktwirtschaft (*Schmidt, Geyer*). Dazu treten noch drei Einzelthemen, doch kann insgesamt nicht von einer systematischen oder gar erschöpfenden Behandlung gesprochen werden, die auch, wie im Titel und im Vorwort zum Ausdruck kommt, keineswegs beabsichtigt war. Wegen der gebotenen Kürze der Besprechung seien nur zwei Beiträge besonders erwähnt.

Karl-Heinrich *Hansmeyer* greift „das *Popitzsche* Gesetz von der Anziehungskraft des zentralen Etats“ auf. Den Absichten von *Popitz* entspricht es nach Auffassung des Verfassers, zwischen einer These von der zunehmenden Unbestimmtheit der Aufgabenverteilung zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften einerseits und dem genannten Gesetz andererseits zu unterscheiden. Die erste These scheint sich eindeutig zu bestätigen. Auch das eigentliche Gesetz bestätigt sich,



wenn man die *Popitzsche* Aussage „ohne ihre Bedingungen“ nimmt (S. 215). Hansmeyer berechnet jedoch für die Gebietskörperschaften die „freien Ausgaben“, die der freien Entscheidung über die Verwendung entspringen. Dazu werden von den Bruttoausgaben die empfangenen verwaltungszweiggebundenen Zuweisungen, die gegebenen Finanzzuweisungen und Darlehen an Körperschaften sowie die gegebenen Zuweisungen an Parafisci abgezogen. Auf das Herausrechnen der Zuweisungen an Parafisci hätte man u. U. verzichten können, soweit die Parafisci derselben Ebene von Gebietskörperschaften zugeordnet sind; wie weit sich die Verteilung dann geändert hätte, läßt sich nicht ablesen. Für diese „eigenen Ausgaben“ ergibt sich keine Bestätigung der These; die Relevanz dieses Ergebnisses hängt davon ab, wie weit man bei *Popitz* die dahinterstehenden Überlegungen unterstellen kann — eine Aufgabe der Biographen — bzw. ob diese Überlegungen für die Föderalismusdebatte fruchtbar sind, was sicherlich der Fall sein dürfte.

Karl-Konrad *Littmann* gibt einen Überblick über offene Probleme der Ausgabenwirkungstheorie, die an Aktualität nichts eingebüßt hat. Am weitesten fortgeschritten ist diese Theorie in der Analyse der Multiplikatorwirkungen öffentlicher Ausgaben. Hier wie bei anderen Fragen zeigt sich jedoch, daß der Bewertungsmaßstab „Ausgabensumme“ zu vordergründig ist. Wenn der Zweck der „realen“ öffentlichen Ausgaben in der Leistungsabgabe liegt, dann kann die Ausgabensumme, die bestenfalls Kostencharakter hat, niemals ein brauchbarer Wertmesser in der Ausgabenanalyse sein, denn in diesen Wertdimensionen sind die Leistungsabgaben „weder diskutiert, noch geplant oder beschlossen worden“ (S. 285). Es wäre allerdings bedauerlich, wenn das Bewertungsproblem verhindern würde, daß sich die Forschung dem vernachlässigten Gebiet der „Outputwirkungen“ öffentlicher Ausgaben zuwenden würde. Vielleicht kann es als Erleichterung wirken, wenn sich herausstellte, daß

1. Input- und Outputeffekte (= Wirkungen der Leistungserstellung vs.-abgabe) sich doch besser trennen lassen, als der Verfasser glaubt, und folglich bearbeitet werden könnten, und
2. die Verteilung und die Effekte der Leistungsabgabe zunächst schon ohne einen allgemein anwendbaren Wertmaßstab, wie ihn das Einkommen darstellt, analysiert werden könnten, indem man zunächst z. B. Pro-Kopf-Mengen ermittelt. Aus der Kenntnis und Analyse solcher vordergründigen Zusammenhänge ergeben sich dann vielleicht Hinweise auch für das Bewertungsproblem.

Horst Zimmermann, Marburg

*Rudolf Eppler*: Die Steuerwirkungen. Eine makroökonomische Modellstudie. Berlin 1970. Duncker & Humblot. 184 S.

Der Autor unternimmt in seiner Analyse den schwierigen Versuch, die „Markt- und Preiswirkungen der Steuer“ (S. 11) zu eruieren. Aus

vielen analytischen Möglichkeiten wählt er das makroökonomische Mehrzweckmodell von *Niehans*, das auch die Effekte auf die Investition und den Konsum einzuschließen vermag. Damit steckt Eppler den Rahmen seiner Studie klar ab, scheidet aber wesentliche und interessante Zweige der Steuerwirkungslehre aus. So muß er beispielsweise darauf verzichten, die personale, sektorale, regionale, soziologische und zeitliche Be- und Entlastung (vgl. Horst Claus *Recktenwald*: *Tax Incidence and Income Redistribution*. Detroit 1971) zu untersuchen. Auch erfaßt das Modell nicht einzel- und zweigwirtschaftliche Effekte (S. 17).

Angesichts dieser theoretischen Schranken verspricht der Titel „Die Steuerwirkungen“ mehr, als die Modellstudie zu leisten vermag. Sie befaßt sich einseitig oder eng begrenzt mit der funktionalen Inzidenz einer einzuführenden Gewinn-, Kosten- und Lohnsteuer, da das *Niehans*-Modell lediglich zwischen den beiden Klassen Unternehmer und Nichtunternehmer trennt, eine äußerst grobe Unterscheidung, die die Resultate zusätzlich stark einschränkt. Allerdings, und das ist besonders positiv herauszustellen, vereinfacht Eppler seine Analyse nicht, indem er die Überwälzungsannahmen des formalen Inzidenzkonzeptes, wie etwa in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, benutzt. Vielmehr will er anhand seines Modells die tatsächliche Inzidenz der drei Steuerarten messen. Er quantifiziert die unabhängigen Variablen im Prozeß der Steuerüberwälzung und versucht, die Steuerlast der beiden Klassen zu berechnen.

Eppler fragt aber nicht nur, folgt man *Musgraves* und *Recktenwalds* Terminologie, nach der Inzidenz, sondern auch nach den Effekten der öffentlichen Einnahmen auf die einzelnen „Kreislaufgrößen wie Preisniveau, Beschäftigung, Bruttosozialprodukt, reale und nominelle Unternehmer- und Arbeitereinkommen“ (S. 13). Er analysiert diese Wirkungen mit Hilfe von 14 Verhaltensparametern des *Niehans*-Modells, deren Größenbereich in Form von Minima und Maxima empirisch abgesichert erscheint (S. 28). Um die Ergebnisse vergleichbar zu machen, nimmt der Autor an, die neue Steuer betrage jeweils ein Prozent des Bruttosozialprodukts in der Ausgangslage (S. 13). Hierin liegt offensichtlich eine Schwäche der Studie. Da nämlich das BSP keine für die Praxis adäquate Bemessungsgrundlage sein kann, führt Epplers Annahme zu ganz unterschiedlichen Steuersätzen. Wäre er von einem gleichen Anteil der jeweiligen Bemessungsgrundlage ausgegangen, hätte er dieses Problem lösen können, ohne auf die Vergleichbarkeit verzichten zu müssen. Zudem entspräche diese Prämisse eher der steuerpolitischen Realität.

Was nun die aufgrund des Modells errechneten Steuerwirkungen anlangt, so würde es zu weit führen, hierauf näher einzugehen. So findet Eppler beispielsweise *Föhls* Steuerparadoxon bestätigt (S. 116). Ferner stimmen die ermittelten Überwälzungsgrade der Gewinnsteuer mit den Modellergebnissen von *Musgrave* und *Krzyzaniak* überein (S. 170). Aber das besagt nicht allzuviel für die Erklärung der Wirk-

lichkeit (man vergleiche hierzu *Recktenwald: Tax Incidence*, a.a.O., wo die unterschiedlichen Ergebnisse konfrontiert werden), denn ganz allgemein ist nicht zu übersehen, daß diese Ergebnisse in erster Linie aus den gesetzten Modellannahmen resultieren, die weder getestet noch ohne weiteres „plausibel“ sind. Die Resultate unterliegen der begrenzten Operationalität eines Modells, das einfach die Verhaltensweisen in der Realität weder vollständig aufnehmen noch berücksichtigen kann. Offensichtlich hängt in der Wirklichkeit nun einmal der Überwälzungsgrad einer Steuer nicht allein vom Nachfragekoeffizienten ab (S. 91). Auf der gleichen Ebene ist die Annahme zu kritisieren, bei einer Steuersenkung brauche man den Parametern lediglich ein negatives Vorzeichen zu geben (S. 58). Das ist eine zu grobe Vereinfachung, die der Formallogik gerecht wird, aber der Wirklichkeit Gewalt antut.

Diese Kritik will Eplers Verdienst nicht mindern, zumal er seine Annahmen offen ausweist und er den Parametern alternative Größen beifügt. Zudem enthält das Buch nur einen kleinen Teil seiner Berechnungen. Bei 413 möglichen Situationen hätte er sonst 33 866 Zahlen zu verarbeiten gehabt (S. 87)!

Man kann Eplers Schlußwort zu seiner Studie zustimmen. Sie ist sowohl für den Finanzwissenschaftler als auch für den reinen Wirtschaftstheoretiker gleichermaßen interessant. Es ist gelungen, ein kompliziertes makroökonomisches Modell (allerdings nur in Grenzen) operational zu entwickeln, das zeigt, wie man auf einem Gebiet, das noch heute wenig erforscht ist, wesentliche Zusammenhänge durchsichtig machen kann. Zum anderen macht Eplers Studie deutlich, in welchem großem Umfang der Mensch vorher denken muß, ehe der (moderne Esel) Computer arbeiten kann.

Wilfried Hake, Erlangen-Nürnberg

*Rolf Ehmcke: Einkommensbesteuerung, Einkommensverteilung und Wirtschaftsablauf. Analyse der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland seit 1950. Hamburg 1970. Verlag Weltarchiv GmbH. 239 S.*

Ziel der theoretischen und vor allem empirisch-historischen Untersuchung Ehmckes ist es, festzustellen, inwieweit die Besteuerung der Haushaltseinkommen, also die veranlagte Einkommensteuer und die Lohnsteuer, effizient(er) in den Dienst der Konjunkturpolitik gestellt werden kann. Die praktische Wirtschaftspolitik verlangt um so dringender die Beantwortung dieser Frage, je mehr ersichtlich wird, daß andere Instrumente der Konjunktursteuerung (staatliche Ausgabenpolitik, Geld- und Kreditpolitik) entweder versagen oder unerwünschte Nebenwirkungen (vor allem auf das wirtschaftliche Wachstum) haben.

Ein rationaler Einsatz der Einkommensteuer als Mittel der Konjunkturpolitik setzt die Kenntnis der Wirkungen dieses Instruments auf die

Zielvariablen voraus. Konkret bedeutet das, daß man die Einkommensteuer nur dann effizient zur Konjunktursteuerung einsetzen kann, wenn man ihre Wirkungen auf die Größen kennt, welche u. a. den Konjunkturverlauf bestimmen: Investition und Ersparnis (bzw. Konsum). Obwohl die Besteuerung der privaten Haushaltseinkommen direkt via Gewinn der Unternehmerhaushalte und indirekt via Konsum die Investitionen beeinflußt, befaßt sich Ehmcke explizit nur mit den Wirkungen der Einkommensbesteuerung auf die Verwendung der Haushaltseinkommen, also die Aufteilung des verfügbaren Einkommens in Konsum und Sparen. Diese Aufteilung wird nun nicht nur durch die absolute Höhe der Einkommensteuerlast, sondern auch durch die Verteilung der Steuerlast auf die Haushalte bestimmt, da die marginalen Konsumquoten (Sparquoten) der Haushalte unterschiedlich sind. Konjunktursteuerung mit Hilfe der Einkommensteuer kann also durch eine Änderung der Belastungsquote (Änderung der Tariffhöhe der Einkommensteuer) oder/und durch eine Änderung der Steuerlastverteilung (Änderung der Tarifstruktur) erfolgen. Schließlich dürfen (zumindest in einer längerfristigen Betrachtung) die (dis)incentive-Wirkungen, also die Wirkungen auf das Arbeitsangebot, die von der Einkommensbesteuerung ausgehen, nicht unberücksichtigt bleiben.

Ehmcke befaßt sich nun in den beiden ersten relativ kurzen Kapiteln mit der theoretischen Analyse der Wirkungen einer progressiven Einkommensteuer.

Im ersten Kapitel rechtfertigt er sein methodisches Vorgehen, nämlich die isolierte Betrachtung der Einkommensbesteuerung, die Nichtberücksichtigung der Steuerüberwälzung und die Messung der Entzugseffekte durch das tatsächliche kassenmäßige Aufkommen der Einkommensteuer. Hierbei erscheint uns das Konzept der „gesetzlichen“ Inzidenz problematisch; besser wäre u. E. die Berücksichtigung der Steuerüberwälzung in Form eines „Erfahrungssatzes“ von  $x\%$ , der empirisch zu ermitteln wäre. Im zweiten Kapitel resümiert Ehmcke die herrschende Steuerwirkungslehre. Fazit dieser Rekapitulation ist, „daß theoretische Aussagen über Steuerwirkungen . . . mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftet sind und daß allgemeingültige Aussagen möglicherweise nur mit Hilfe einer empirischen Analyse gewonnen werden können“ (S. 49).

Eine solche empirische Untersuchung nimmt Ehmcke im weit über die Hälfte des Buchumfangs beanspruchenden dritten Kapitel vor. Bereits im zweiten Kapitel hat Ehmcke das Ergebnis anderer empirischer Untersuchungen (vor allem von *Break*) über den Zusammenhang zwischen Einkommensbesteuerung und Arbeitsangebot vorweggenommen, wonach sich das Arbeitsangebot als relativ starr in bezug auf Änderungen der Einkommensbesteuerung erwiesen hat. Die von Ehmcke selbst durchgeführte empirisch-historische Untersuchung bezieht sich auf die BRD zwischen den Jahren 1950 und 1967. Die Tarifgestaltung der Einkommensteuer war zunächst von dem Ziel der Angebotsförderung, sodann von dem der Stärkung der Endnachfrage und der Einkommens-

umverteilung bestimmt. Ab etwa 1963 kommen gleichberechtigt weitere Ziele, unter anderem das der Konjunktursteuerung hinzu. Zumindest vor 1963 waren also die konjunkturellen Effekte der Einkommensbesteuerung kein gewolltes, sondern eher ein zufälliges Ergebnis. Der Umfang der Steuerbelastung hat seit 1950 kontinuierlich zugenommen, obwohl es öfter zu Tarifsenkungen kam. Dies läßt sich dadurch erklären, daß immer mehr Steuerpflichtige in höhere Einkommensgruppen hineinwuchsen, in denen sich die Progression verschärft auswirkte; der Tarifsenkungseffekt wurde durch den Einkommenssteigerungseffekt überkompensiert. Welcher Einfluß von der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer auf die Einkommensverteilung ausging, zeigt Ehmcke anhand von Lorenzkurven. Zunächst stellt er mit ihrer Hilfe die Bruttolohnverteilungen und die Verteilung der Bruttoeinkommen, die der veranlagten Einkommensteuer unterliegen, in verschiedenen Jahren dar, sodann die zeitlich korrespondierenden Steuerlastverteilungen und schließlich die daraus resultierenden Nettoverteilungen. Es zeigt sich, daß die Verteilungswirkung der veranlagten Einkommensteuer größer ist als die der Lohnsteuer; dies ist eine Folge davon, daß die Steuerlastverteilung bei der veranlagten Einkommensteuer ungleicher ist als bei der Lohnsteuer. Das wiederum hat zur Folge, daß die Verteilung der zur Einkommensteuer veranlagten Einkommen nach Steuer in etwa der Verteilung der Nettolohneinkommen entspricht, da die Bruttoeinkommen vor Veranlagung ungleicher verteilt sind als die Bruttolohneinkommen. Im Zeitablauf ist die Verteilung der Brutto- und Nettolohneinkommen vor allem zwischen 1950 und 1955 ungleicher geworden — sehr wahrscheinlich eine Folge der mit der Tarifgestaltung verfolgten Angebotsförderung. Nach 1955 hat sich die Verteilung der Lohneinkommen kaum noch geändert. Die Primär- und Sekundärverteilung der Nichtlohneinkommen ist seit 1950 dagegen kontinuierlich ungleicher geworden.

Im letzten Teil des dritten Kapitels versucht Ehmcke festzustellen, wie die Änderungen des Belastungsumfanges die Aufteilung des verfügbaren Haushaltseinkommens in Konsum und Sparen während der vier Konjunkturzyklen nach 1950 und damit den Verlauf der Konjunkturzyklen selbst beeinflußt haben. Er versucht also Fragen der folgenden Art zu beantworten: Wirkte eine Erhöhung der Steuerbelastung via Dämpfung der Konsumausgaben im Konjunkturaufschwung stabilisierend? Wirkte eine Entlastung der Einkommen im Abschwung via Erhöhung der Konsumausgaben konjunkturanregend?

Die empirische Untersuchung zeigt nun, daß die Einkommensbesteuerung nur einen geringen Einfluß auf die Einkommensverwendung hatte. Zum einen wurden höhere Entzugseffekte der Einkommensteuer teilweise durch höhere staatliche Transfers an die Haushalte kompensiert, zum anderen schienen die Haushalte ihr Verhalten mehr von den Zukunftserwartungen als von der Einkommensbesteuerung abhängig zu machen. So wurden in der Rezession fast immer die Ersparnisse zu Lasten des Konsums erhöht (Vorsichtsmotiv). Eine steuerliche Ent-

lastung des Lohneinkommens im Abschwung gewährleistetete also keineswegs einen höheren Konsum; die erhöhte Sparfähigkeit traf u. U. auf eine gleichermaßen erhöhte Sparwilligkeit. Umgekehrt zeigte sich im Aufschwung, daß eine höhere Steuerbelastung nicht unbedingt auf Kosten des Konsums, sondern eher zu Lasten der Spartätigkeit ging.

Daß die beiden Teilsteuern nicht antizyklisch wirkten, kann kaum verwundern, wenn man bedenkt, daß konjunkturpolitische Überlegungen bei ihrer Erhebung bzw. Änderung bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielten. Trotzdem wäre öfter eine antizyklische Wirkung erreicht worden, wenn bei der veranlagten Einkommensteuer kein Veranlagungs-lag und bei den Lohneinkommen kein Lohn-lag bestanden hätte.

Im letzten Kapitel, das sich mit den wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen aus der empirischen Untersuchung befaßt, fordert Ehmcke deshalb als eine die effizientere Konjunktursteuerung fördernde Maßnahme die Verkürzung des Veranlagungs-lags durch den Übergang zur Selbstveranlagung. „Beträchtliche Stabilisierungschancen“ (S. 204) sieht Ehmcke auch in der built-in flexibility der Einkommensteuer, wenn sie durch eine konjunkturgerechte Ausgabengebarung des Parlaments ergänzt wird.

Als Fazit der Untersuchung bleibt die Feststellung, daß die Einkommensbesteuerung nicht mehr als eines von vielen konjunkturpolitischen Instrumenten ist, dessen Einsatz durch bestimmte Verbesserungen effizienter gestaltet werden kann. Keinesfalls ist die Einkommensbesteuerung als ein konjunkturpolitisches „Allheilmittel“ einzusetzen — zumindest was die Konjunktursteuerung via privaten Konsum (Ersparnis) betrifft. Dieses Ergebnis dürfte für die praktische Wirtschaftspolitik in der BRD von besonderer Bedeutung sein, da das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz in § 26 eine Konjunktursteuerung mit Hilfe der Einkommensbesteuerung vorsieht.

Hans P. Fischer, Mainz

*Gunter Engelhardt*: Verhaltenslenkende Wirkungen der Einkommensteuer. Berlin 1968. Duncker & Humblot. 153 S.

Die Möglichkeit des Einsatzes steuerlicher Maßnahmen zur Lenkung der Wirtschaft findet in der heutigen Zeit immer stärkere Beachtung. Gleichzeitig damit gewinnt die Finanzwissenschaft in ihrer Rolle als Beraterin der Wirtschaftspolitik zunehmend an Bedeutung. Den Gesichtspunkt der wissenschaftlichen Beratung stellt dann auch diese Abhandlung in den Vordergrund und untersucht unter diesem Aspekt die anfallenden Probleme.

Die Abhandlung besteht aus vier Kapiteln. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der Klärung allgemeiner Fragen, im wesentlichen mit der Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik, dem Verhältnis von Zielen und Mitteln sowie dem Problem komplexer Entscheidungs-

modelle. Auch das zweite Kapitel befaßt sich zunächst mit methodischen Fragen, insbesondere mit dem Unterschied zwischen dem theoretischen Modell und der empirischen Analyse in der Verhaltensforschung und versucht dann eine „empirische Analyse der Steuerausweichung“ zu entwickeln. Im dritten Kapitel wird die Reaktion der Besteuerten auf steuerliche Anreize untersucht sowie das Bestreben des Steuerpflichtigen, durch Leistungsminderung der Steuer auszuweichen im Sinne einer materiellen Steuervermeidung. Das vierte Kapitel schließlich befaßt sich mit den Ergebnissen und den hieraus abzuleitenden Schlußfolgerungen.

Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage nach den Auswirkungen steuerlicher Maßnahmen auf das Verhalten der wirtschaftenden Menschen. Die Steuerwirkungslehre erhält dabei nach Engelhardt „die zusätzliche Funktion, aus der Fülle der vorhandenen steuerpolitischen Instrumente diejenigen herauszufinden, bei denen die zu erwartenden Reaktionen der Besteuerten den politischen Zielvorstellungen am nächsten kommen“ (S. 22). Engelhardt sieht dabei für das Vorgehen der Wissenschaft zwei Möglichkeiten: Erstens die Entwicklung eines „rationalen Steuersystems“, das ein „Konglomerat von steuerpolitischen Maßnahmen“ darstellt, „das allen mit der Besteuerung verfolgten Zielen ... gleichzeitig und bestmöglich genügen soll ...“ (S. 22). Zweitens die Methode der „kleinen Schritte“, die darin besteht, einzelne Probleme aufzugreifen und zu lösen. In ihrer Funktion als Beraterin muß die Wissenschaft auf die Präsentation eines umfassenden „rationalen Steuersystems“ als nicht realisierbares Idealprogramm verzichten und sich aus einer pragmatischen Haltung heraus mit den „kleinen Schritten“ begnügen.

Ein weiteres methodisches Problem ergibt sich bei der Erfassung der Steuerwirkungen. Zwei Wege können nach Engelhardt eingeschlagen werden: Erstens die modelltheoretische Analyse, die bestimmte Prämissen bzw. Normen setzt und daraus Schlußfolgerungen auf das Verhalten der Besteuerten ableitet. Die zweite Möglichkeit ist die empirische Untersuchung, die auf statistischem Wege das Verhalten der Steuerpflichtigen unmittelbar zu erfassen versucht. Engelhardt geht den zweiten Weg und gelangt dabei zu sehr interessanten Ergebnissen.

Bei seiner Untersuchung der Steuerwirkungen beschränkt sich Engelhardt auf den Bereich der Einkommensteuer gewissermaßen *pars pro toto* und versucht, anhand der Auswirkungen, die von der Einkommensteuer ausgehen, das Problem der Verhaltenslenkung mittels einer Steuer darzulegen. Er stützt sich dabei auf eine repräsentative Erhebung über Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Selbständigen gegenüber der veranlagten Einkommensteuer, die im Jahre 1963 von der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik in Köln in Zusammenarbeit mit den EMNID-Instituten durchgeführt wurde. Als Ergebnis der Untersuchung stellt sich heraus, daß einmal die Beeinflussung der Verhaltensweise des Besteuerten durch steuerliche Signale im ganzen gering ist — auch wenn sichtbare materielle

Vor- und Nachteile im Spiel sind. Insbesondere zeigt es sich, daß die unteren und mittleren Einkommensschichten auf einkommensteuerliche Maßnahmen kaum reagieren, während allein die höheren Einkommensschichten bereit sind, ihr wirtschaftliches Verhalten Änderungen der Einkommensteuer entsprechend anzupassen, dabei desto stärker, je höher ihre Steuerlast ist.

Die in der Untersuchung zutage tretende überraschend geringe Reagibilität der Besteuernten auf steuerliche Maßnahmen läßt eine erhebliche Diskrepanz zu den Schlußfolgerungen einer modelltheoretischen Analyse erkennen, die aus ihren Prämissen heraus zwangsläufig zu einer entsprechenden Verhaltensanpassung kommen muß. Gerade hierin liegt wohl das interessanteste Ergebnis der Untersuchung.

Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß die Ergebnisse sich nur auf Befragungen stützen und daß möglicherweise doch ein Unterschied darin besteht, ob jemand nur befragt wird oder sich mit einer Realität auseinandersetzen muß. Weiterhin bleibt die Frage, ob die befragte Masse ausreicht, um ein wirklich repräsentatives Bild zu vermitteln. Trotzdem sind die Ergebnisse bemerkenswert.

Die herangezogene Literatur ist sorgfältig ausgewählt und sinnvoll verwertet. Im ganzen handelt es sich um eine Arbeit, die Beachtung verdient und zu weiteren Untersuchungen dieser Art anregen dürfte.

Harry Runge, Stuttgart